

2/1

(Ausgegeben am 18. Juli 1990)

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

2. Sitzung

Hannover, den 27. Juni 1990

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	53	Waike (SPD)	74
Tagesordnungspunkt 1:		Hildebrandt (FDP).....	75
Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten.....	53	Beschluß.....	76
Schröder,		Tagesordnungspunkt 4:	
Ministerpräsident	53	Wahl der Mitglieder des Ausschusses nach § 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 GG (NAusfG zu G 10) vom 16. 5. 1969 (Nieders. GVBl. S. 117) — Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen — Drs 12/14	76
Tagesordnungspunkt 2:		Beschluß.....	76
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses — Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen — Drs 12/13	74	Tagesordnungspunkt 5:	
Beschluß.....	74	Wahl der fünf niedersächsischen Mitglieder des von den Landesparlamenten zu bildenden Gremiums „Verfassungsfragen zur deutschen Einheit“ — Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen — Drs 12/18	76
Tagesordnungspunkt 3:		Beschluß.....	76
Parlamentarische Kontrollkommission — a) Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/10 — b) Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU, der FDP und der Grünen — Drs 12/17	74		

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung: Abbau der militärischen Belastung in Niedersachsen — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/11	77
Rehkopf (FDP)	77
Frau Hoops (Grüne)	79
Isernhagen (CDU)	80
Bartling (SPD)	82
Möhrmann (SPD)	83
Glogowski, Innenminister	85
<i>Ausschußüberweisung</i>	87
Nächste Sitzung	87

Vom Präsidium:

Präsident Milde (SPD)
 Vizepräsident Dr. Blanke (CDU)
 Vizepräsidentin Goede (SPD)
 Vizepräsident Remmers (CDU)
 Vizepräsidentin Herrmann (Grüne)
 Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Lau (SPD)
 Schriftführerin Lübben (SPD)
 Schriftführer Mientus (SPD)
 Schriftführer Rettig (SPD)
 Schriftführer Puls (Grüne)
 Schriftführer Brunkhorst (CDU)
 Schriftführerin Pawelski (CDU)
 Schriftführer Reinemann (CDU)
 Schriftführerin Stoll (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Schröder (SPD)	Staatssekretär Scheibe, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	
Finanzminister Swieter (SPD)	Staatssekretär Dr. van Scherpenberg, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialminister Hiller (SPD)	Staatssekretär Dr. Riege, Niedersächsisches Sozialministerium
Kultusminister Wernstedt (SPD)	
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	Staatssekretär Kappert, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizministerin Alm-Merk (SPD)	Staatssekretär Dr. Düwel, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Trittin (Grüne)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Schuchardt	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Umweltministerin Griefahn	Staatssekretär Bulle, Niedersächsisches Umweltministerium
Frauenministerin Schoppe (Grüne)	

Beginn: 10.15 Uhr.

Präsident Milde:

Ich eröffne die 2. Sitzung im 2. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 12. Wahlperiode. Ich heiße Sie, meine Damen und Herren, herzlich willkommen und wäre Ihnen dankbar, wenn jetzt Ruhe einkehren würde.

Ich stelle die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Die Tagesordnung liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsablaufs ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Ich werde die im Ältestenrat vereinbarten Redezeitbeschränkungen bei den einzelnen Punkten bekanntgeben. Dabei gehe ich davon aus, daß die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird. — Ich stelle fest, daß das Haus, wie üblich, mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung wird gegen 13 Uhr enden. An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen jetzt geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer.

Schriftführer Brunkhorst:

Es liegen keine Entschuldigungen vor.

Präsident Milde:

Dann rufe ich den Punkt 1 unserer Tagesordnung auf:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident, ich erteile Ihnen das Wort.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der politische Neuanfang in Niedersachsen findet in wahrhaft spannenden Zeiten statt. Europa verändert sich grundlegend. Der Freiheitsdrang der Menschen hat sich als die entscheidende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung erwiesen. Die Demokratie ist auch in Osteuropa, auch in Mitteleuropa zur dominierenden Form des gesellschaftlichen und politischen Lebens geworden.

Als Teil dieses umfassenden Emanzipationsprozesses wachsen die beiden deutschen Staaten zusammen. Die Einheit der Deutschen bleibt nicht länger beschworene Formel, sondern ist reale Möglichkeit. Die Niedersächsische Landesregierung will diese Einheit. Sie sieht sie als Teil eines europäischen Prozesses. Wer die Einheit Europas fördert, fördert die Einheit der Deutschen in verantwortungsbewußter Weise. Jeder muß wissen, daß dieser Satz nicht einfach umkehrbar ist.

Wir werden niemandem gestatten, Legenden aufzubauen. Das Nein der Niedersächsischen Landesregierung zum Staatsvertrag war kein Nein zur deutschen Einheit. Es war die Ablehnung eines Instrumentes, das wir für untauglich hielten und halten.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

So sehr uns alle die Ereignisse europäischer und deutscher Politik faszinieren und unsere Kraft in Anspruch nehmen: Wir dürfen dabei Niedersachsen und seine Menschen nicht auf den zweiten Platz der Politik verweisen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Für diese Landesregierung steht die Sorge um das Wohlergehen der Menschen bei uns im Vordergrund. Andere mögen das als Appell an den Eigennutz diffamieren. Ich dagegen sage mit allem Nachdruck: Wer die Lebensinteressen der eigenen Bürgerinnen und Bürger vernachlässigt, der entwickelt weder die Kraft, noch erhält er die Akzeptanz der Menschen für großzügige Hilfen in der DDR und anderswo.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Am 13. Mai haben sich die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens für den demokratischen Wechsel bei uns entschieden. Die Abwahl der CDU/FDP-Koalition gebietet den politischen Neuanfang. Die Modernisierung unseres Landes, ökologische Vernunft, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und demokratische Erneuerung werden die Leitideen unserer Politik sein. Die Landesregierung wird sich bei ihrer Arbeit an diesen Grundsätzen orientieren.

Unverzichtbare Voraussetzung auch für die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ist die Stärkung der Wirtschaftskraft Niedersachsens. Das wissen wir. Aber wir wissen zugleich: Natur und Umwelt zu erhalten und wiederherzustellen, ist zur zentralen Bedingung unser aller Existenz geworden.

Wir wollen die Potentiale unseres Landes mobilisieren, statt alte Strukturen zu subventionieren, die Schaffung neuer, innovativer Arbeitsplätze

Schröder

fördern, statt bestehende Arbeitslosigkeit einfach nur finanzieren zu müssen. Wir wollen ernst machen mit dem ökologischen Umbau unserer Wirtschaft, mit der Einsparung von nicht erneuerbaren Ressourcen, mit der Vermeidung von Abfällen und Schadstoffen und mit der Entwicklung und Nutzung neuer Energiequellen. Pfleglicher Umgang mit der Umwelt und eine leistungsfähige Wirtschaft sind für uns keine Gegensätze; sie bedingen einander.

Wo soziale Ungerechtigkeit herrscht, werden Menschen in ihrer Würde verletzt. Nur wo Gerechtigkeit geübt und Solidarität mit den Schwachen gelebt wird, haben die Menschen Vertrauen in Demokratie, Gesellschaft, Staat und auch in Politik. Nur wo soziale Sicherheit existiert, können sich Innovation und Leistungsfähigkeit auf Dauer wirklich entfalten. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der sich jeder Mensch auf eine soziale Grundsicherung verlassen kann. Wir wollen diese Sicherheit z. B. bei den großen Risiken von Krankheit und Alter. Wir wollen mehr Gleichheit der Lebenschancen, bessere Voraussetzungen für Selbstverwirklichung und — das wird sich ergeben — die wirkliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Verengte Vorstellungen gerade in der Frauenpolitik müssen überwunden, die Emanzipationsinteressen und -ansprüche der Frauen müssen auch zu Emanzipationsinteressen der Männer werden.

Reiche persönliche Entfaltung, aber auch ein gewinnbringender Beitrag des einzelnen zum Wohl der Gesellschaft sind nur möglich, wenn das Recht auf Bildung, Ausbildung und Weiterbildung inhaltlich, aber auch materiell gesichert ist und wenn Bürger Zugang zu den unterschiedlichsten Formen kulturellen Lebens erhalten.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wollen unser Bildungssystem so ausbauen, daß den Neigungen und Fähigkeiten unserer jungen Menschen zusätzlicher Raum verschafft und den Älteren die Chance für eine fortlaufende Qualifizierung eröffnet wird. Wir wollen die kulturelle Vielfalt unseres Landes fördern und dafür sorgen, daß Teilhabe an kulturellen Leistungen und Angeboten nicht die Sache von Minderheiten bleibt, sondern daß Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben für alle möglich wird.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Demokratie ist für uns mehr als ein bloßes Gehäuse staatlicher Institutionen.

(Bruns [SPD]: Genau!)

Sie ist eine tätige Lebensform der Gesellschaft.

(Hildebrandt [FDP]: Genau!)

Ihre Stärke liegt nicht in staatlicher Macht, sondern im Engagement und in der geistigen Kraft der Menschen, in Liberalität und Toleranz in der Politik. — Auch die Opposition wird merken, wie tolerant wir sein können.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, wir wollen aber nicht nur mehr Demokratie im staatlichen Bereich. Wir wollen die Förderung des demokratischen Eigen-sinns, wir wollen die Förderung der Selbsthilfe-Initiativen, und wir wünschen die kritische Begleitung unserer Politik durch die Bürgerinnen und Bürger auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Der Schutz von Minderheitsmeinungen und die öffentliche Aufmerksamkeit für sie spielen in unserem Verständnis von Demokratie eine besondere, eine bedeutende Rolle.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wollen die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und einen größeren Einfluß der Bürgerinnen und Bürger, einen größeren direkten Einfluß auf die kommunalen Entscheidungen.

Zum ersten Male seit 45 Jahren bestehen reale Chancen für wirkliche Abrüstung. Deshalb wollen wir die entstehende Friedensordnung mit den Möglichkeiten, die wir haben — sie sind gewiß so groß nicht —, mitgestalten und an der europäischen Einigung mitwirken. Für unser Land, das zu den militärisch am stärksten belasteten Bundesländern gehört, ist es besonders wichtig, daß mit der Abrüstung endlich begonnen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Landesregierung wird diesen Prozeß aktiv mitgestalten.

(Hildebrandt [FDP]: Wir auch!)

Wir werden da sehr konkret werden und dabei auch auf Zusammenarbeit setzen; einiges von dem wird vielleicht bereits in diesen beiden Tagen sichtbar werden. In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung nämlich darauf drängen, daß das Soltau-Lüneburg-Abkommen umgehend gekündigt wird

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

und daß Nordhorn-Range aufgelöst wird. Unser Ziel ist die baldige Einstellung aller Tiefflüge und das Verbot von Luftkampfbungen über bewohntem Gebiet.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich möchte hinzufügen, Herr Hildebrandt und andere: Wenn Sie bereit sind, auf diesem Weg mitzugehen, und es nicht nur bei Entschließungsanträgen bleiben soll,

(Dr. Hruska [FDP]: Größer kann man die Bereitschaft gar nicht signalisieren als durch einen eigenen Entschließungsantrag!)

dann, bitte schön, lassen Sie uns das gemeinsam machen, und nutzen Sie Ihre Möglichkeiten in Bonn, z.B. die Kündigung des Soltau-Lüneburg-Abkommens in der Bundesregierung, auch und gerade in der Bundesregierung,

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

nicht nur bekannt, sondern auch durchsetzbar zu machen.

Meine Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung ist sich bewußt, daß gesellschaftliche Mehrheiten immer wieder neu errungen werden müssen. Deshalb bauen wir auf das Zusammenwirken aller reformerischen Kräfte in Niedersachsen. Was heißt dies für die konkrete Politik der kommenden vier Jahre? Ich möchte die Umsetzung dieser allgemeinen Ziele anhand der Vorhaben in den verschiedenen Ressorts gern erläutern.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern — ich habe darauf hingewiesen — ist nicht verwirklicht. Noch immer werden männliche Bewerber um Ausbildungsplätze bevorzugt. Die beruflichen Aufstiegschancen für Frauen sind geringer.

(Zuruf: Das kann man wohl sagen!)

Führende Positionen werden überwiegend an Männer vergeben.

(Hildebrandt [FDP]: Wie bei den Staatssekretären! — Heiterkeit.)

— Herr Hildebrandt, ich habe mir gesagt: An diesem Punkt machst du eine Pause und wartest auf die qualifizierten Zwischenrufe aus der FDP-Fraktion, die ja auch gekommen sind.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Heiterkeit.)

Wissen Sie, wenn ich als Mitglied der Freien Demokratischen Partei mehr als 14 Jahre lang wechselnden Regierungen angehört hätte, in denen eine einzige Ministerin vertreten gewesen ist und keine einzige Staatssekretärin vorgeschlagen worden ist, dann würde ich solche Äußerungen, wie Sie sie eben gemacht haben, nicht machen,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

weil die Gefahr, daß Sie sich damit lächerlich machen, vor dem Hintergrund der Geschichte zu groß ist. Ich gönne Ihnen vieles nicht, aber auch nicht, daß Sie sich lächerlich machen.

(Dr. Hruska [FDP]: Wir haben keine Quotenregelung, Herr Schröder! Das ist der Unterschied!)

In der Forschung sind Frauen in leitenden Positionen kaum zu finden. Ältere und alte Frauen müssen sich mit geringeren Renten zufriedengeben als Männer. In der Gesellschaft vorhandene Gewalt gegen Frauen wird verdrängt.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung versteht die Frauenpolitik als eine Querschnittspolitik, die alle gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und ökonomischen Bereiche umfaßt. Unsere Politik orientiert sich an dem Ziel, die Spaltung der Gesellschaft in eine hochbewertete männliche und eine minderbewertete weibliche Welt zu überwinden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir werden Maßnahmen zur Aufhebung der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsleben ergreifen, um dazu beizutragen, daß eine reale Umverteilung von Haus-, Erwerbs-, Pflege- und Erziehungsarbeit zwischen Frauen und Männern erreicht wird. Eine Reihe frauenpolitisch wichtiger Gesetze wollen wir so schnell als möglich auf den Weg bringen.

Für den öffentlichen Dienst des Landes Niedersachsen soll gelten, daß in ihm Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten sind. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, werden Frauen bei der Besetzung von Funktionen und Ämtern sowie bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen bevorzugt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren! Daß dies im Rahmen der uns bindenden und vorgegebenen Verfassung geschehen wird, ist eine Selbstverständlichkeit.

(Hildebrandt [FDP]: Dann ist es nichts Neues!)

— Es ist insofern etwas Neues, als Sie in den letzten 14 Jahren nichts getan haben. Wir werden etwas tun.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Im übrigen ist mir die Forderung aus der FDP, etwas Neues ausgerechnet gegen die Verfassung zu tun, einigermassen neu.

(Hirche [FDP]: Die ist auch nicht aufgestellt worden!)

Schröder

— Er hat gerade kritisiert, daß wir uns an die Verfassung halten. Daraus kann man im Umkehrschluß nur folgern, daß er es nicht will.

Alle juristischen Personen des öffentlichen Rechts, beispielsweise die Kommunen und die Hochschulen, haben hauptamtlich arbeitende weibliche Frauenbeauftragte zu bestellen. Die Gesetzes- und Amtssprache ist so zu ändern, daß im Regelfall beide Geschlechter benannt sind.

Die Landesregierung wird Einrichtungen zur Durchführung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche genehmigen und darauf hinwirken, daß auch in Niedersachsen Familienplanungszentren eingerichtet werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen ist ein Problem, das weiter verbreitet ist, als es viele, auch viele in diesem Haus, wahrhaben wollen. Durch ein breites Bündel von Maßnahmen, wie Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Fortbildung von Fachpersonal, die Einrichtung von Sonderdezernten bei der Kriminalpolizei und bei den Staatsanwaltschaften, wollen wir diese Art der Gewalt wirksam bekämpfen.

Die Landesregierung bewertet die Arbeit von Frauengruppen und Frauenprojekten in Niedersachsen als gesellschaftspolitisch notwendige Arbeit. Diese Arbeit will und wird sie unterstützen.

Sie will der Diskriminierung lesbischer Frauen entgegenreten, und, meine Damen und Herren, sie wird auch der Diskriminierung Homosexueller entgegenreten.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Umweltpolitik der 90er Jahre wird darüber entscheiden, ob und wie die Weichen für eine vorsorgende, dem Schutz der Lebensgrundlagen verpflichtete Orientierung gestellt werden. Das Umsteuern in der Umweltpolitik vom Reparaturbetrieb der industriellen Gesellschaft zu einem sie gestaltenden Element ist das zentrale Anliegen dieser Landesregierung. Unsere Umweltpolitik wird sich deshalb nicht auf eine isolierte Ressortpolitik beschränken. Die Berücksichtigung von Umweltbelangen muß alle Politikfelder durchziehen. Dies wird sich vor allem in der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Energiepolitik widerspiegeln.

Volkswirtschaftlicher Reichtum, der mit nicht wieder gutzumachenden Schäden an unseren natürlichen Lebensgrundlagen erkauft wird, ist unverantwortlich, uns gegenüber, vor allem aber gegenüber zukünftigen Generationen. Auch ökonomisch betrügen wir uns mit einer solchen veral-

teten Politik selbst. Schadensanierung ist — das wissen Sie — weit teurer als Prävention. Daher wollen wir den Grundsatz der Vorsorge in der Umweltpolitik stärken.

Die Landesregierung wird bestehende sowie neue rechtliche Regelungen und Finanzleistungen des Landes auf deren Umweltverträglichkeit hin prüfen. Wir werden darüber hinaus die öffentliche Nachfrage auf umweltfreundliche Produkte ausrichten, um damit Märkte für Umweltschutztechnologien zu schaffen oder auszuweiten.

Im Umweltbereich setzen wir nicht nur auf die eigene Kraft. Wir setzen uns für eine Stärkung der außerparlamentarischen Umweltbewegung ein. Lassen Sie mich das an dieser Stelle sagen, meine Damen und Herren. Gleichgültig, in welchem politischen Lager wir sind: Ich glaube, wir haben in Respekt zuzugestehen, daß wir, wenn es die zahllosen Initiativen im Lande nicht gegeben hätte, in der Umweltpolitik nicht so weit wären — was unser aller Bewußtsein angeht —, wie wir heute sind.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Deshalb ist es nicht übertrieben, wenn ich sage: Bei allem Respekt vor dem, was Parlamente und Regierungen tun und tun können — ohne die Kreativität und die Kontrollfunktion dieser Initiativen im Umweltbereich kann eine ökologische und demokratische Umweltpolitik nicht funktionieren. Wir werden deshalb die Möglichkeit der Verbandsklage gegen Eingriffe in Natur und Landschaft schaffen. Wir werden auch deshalb die Natur- und Umweltschutzverbände institutionell fördern.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen und Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Voraussetzung eines demokratischen Diskurses ist Öffentlichkeit. Sachliche Information über die eigene Umwelt, über das Ausmaß der Belastungen, denen Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt sind — erst dies ermöglicht eine demokratische Teilhabe und die Ausübung der genannten Kontrollfunktion. Die Landesregierung wird deshalb den Menschen das Recht geben und verschaffen, über ihre eigene Umwelt informiert zu werden.

Ich glaube, Fortschritt kann heute nicht mehr darin bestehen, einem besinnungslosen Wachstum das Wort zu reden. Diese Form von Fortschritt hat allzu viele Ruinen hinterlassen, die wir nun reparieren müssen. Die Auseinandersetzungen über Abfallverbrennungsanlagen — das, meine Damen und Herren, gilt es zu erkennen — sind in ihrem Kern Proteste gegen eine Produktionsweise, die zwar privaten Reichtum schafft,

aber das elementare Lebensinteresse an einer gesunden Umwelt allzu sehr außer acht läßt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In jüngster Zeit haben Menschen Entscheidungen getroffen, die überschaubare Zeiträume überschreiten. Unsere Zeitrechnung beträgt 2 000 Jahre. Wir haben aber Atommüll zu bewältigen, der für 100 000 Jahre und mehr eine Gefährdung für Menschen darstellen wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, diese Form von Fehlentscheidungen in der Atompolitik zu korrigieren. Aus Sorge um die Sicherheit der Bevölkerung und nicht aus ideologischen Gründen werden wir deshalb alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das Atomkraftwerk in Stade, das wir für unsicher halten, abzuschalten.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir werden das Endlager für atomaren Müll in Gorleben nicht zulassen, weil wir davon überzeugt sind, daß ein sicherer Abschluß des gefährlichen und gefährlich strahlenden Mülls von der Biosphäre im Gorlebener Salzstock eben nicht möglich ist.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir werden auch das Projekt Konrad nicht weiterverfolgen, weil wir die Sicherheitsprobleme an diesem Standort im Unterschied zu anderen als nicht gelöst ansehen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Deponie Hoheneggelsen, meine Damen und Herren, ist mit hohen Schulden belastet, ohne daß sich seit ihrer Übernahme durch das Land irgend etwas an den Sicherheitsstandards geändert hätte. Münchehagen ist ein Symbol für die Versäumnisse — übrigens nicht nur für Ihre, sondern für unser aller Versäumnisse — in der Abfallpolitik. So wird der ungelöste Umgang mit Giften in Zukunft die Arbeitskapazitäten unserer Umweltverwaltung und die finanziellen Ressourcen des Landes bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit belasten. Deshalb wollen wir Schluß damit machen, die unverkäufliche Produktion von Abfall und Abfallprodukten in Höhe von 800 000 t pro Jahr in die Verantwortung der Politik zu verschieben. Wir können und müssen ernsthaft damit beginnen, die gesellschaftlichen und politischen Rahmen so zu setzen, daß Vermeidung und Wiederverwertung dieser Produkte keine Schlagworte mehr bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Deshalb wird die Landesregierung ein neues Abfallgesetz vorlegen, das alle rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten ausschöpft, um der

Vermeidung und Verwertung von Abfällen in Produktion und Konsum absoluten Vorrang zu verschaffen. Wir werden im Bundesrat mit dem gleichen Ziel initiativ werden. Wir werden einen Sonderabfallminderungsplan vorlegen und eine zweckgebundene Abgabe auf Sondermüll einführen, um die Sanierung der Altlasten nicht aus allgemeinen Steuermitteln allein finanzieren zu müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Diese Landesregierung lehnt es ab, problemverhindernde Maßnahmen durch Aufrüstung in Nachsorgetechniken zu ersetzen. Deshalb wird es in dieser Legislaturperiode keine neue Hausmüllverbrennungsanlage geben. Das hier gebundene Kapital ist sinnvoller für umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren einzusetzen. Wir werden die Kommunen in die Verantwortung für ein differenziertes Abfallkonzept nehmen. Wir werden sie bei der Lösung aber unterstützen und ein landesweites Deponieprogramm auflegen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Landwirtschaft muß stärker an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden, damit wir die Natur bei der landwirtschaftlichen Nutzung mehr als bisher schonen. Wir dürfen aber auch die fünf Prozent der Fläche unseres Landes nicht vergessen, die einen besonders hohen Naturschutzwert haben. Sie zu erhalten und wo nötig zu pflegen sehen wir als unsere Verpflichtung an. Schwerpunkte werden wir beim Schutz des Feuchtgrünlandes setzen, bei der Renaturierung der Bäche und Flüsse und mit der Errichtung eines Nationalparks Hochharz. Der Hochharz soll in grenzüberschreitender Zusammenarbeit so entwickelt werden, daß ein vom Menschen wenig beeinflusstes Gebiet gesichert werden kann. In diesem Sinne wollen wir auch den Nationalpark Wattenmeer stärker schützen. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Naturschutz wollen wir erhöhen, und wir werden auch mehr Mittel dafür bereitstellen.

Meine Damen und Herren, in der Bildungspolitik wird sich die Landesregierung vom Prinzip der Chancengleichheit leiten lassen. In niedersächsischen Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sollen die Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern Bedingungen vorfinden, die einer gedeihlichen Entwicklung ihrer intellektuellen, aber auch — das ist uns wichtig — ihrer emotionalen Fähigkeiten förderlich sind.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Schröder

Die Förderung der Einzelnen ist uns dabei genauso wichtig wie die Unterstützung von Formen solidarischen Lernens gemeinsam mit anderen. Das Bildungssystem muß den sich ändernden Bedingungen in der Gesellschaft Rechnung tragen und muß entsprechende Formen, Organisationen und Inhalte anbieten. Stärkere Mitbestimmungsmöglichkeiten der im Bildungssystem Arbeitenden sind daher unerlässlich.

Unsere Zukunft — ich habe darauf hingewiesen — wollen wir umweltgerecht und human gestalten. Dafür müssen Kinder in der Kinder- und Jugendzeit die Grundlagen lernen können. Die Fähigkeit, unser Bildungssystem in diesem Sinne weiterzuentwickeln, hängt wesentlich davon ab, daß die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer und der anderen in der Erziehung Tätigen verbessert werden. Die Landesregierung weiß, daß nur mit dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer und der Eltern eine den Interessen der Kinder und Jugendlichen dienende und dann auch erfolgreiche Bildungspolitik betrieben werden kann.

In dieser Legislaturperiode wollen wir in Niedersachsen endlich stufenweise die Lernmittelfreiheit einführen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Mit dem Vorschaltgesetz für das Lernmittelfreiheitsgesetz wird dieser Landtag morgen den ersten Schritt tun.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang eine Bemerkung machen, auch bezogen auf die Kritik, die ich gehört habe. Meine Damen und Herren, in den Programmen stand und in den Wahlreden ist gesagt worden, wir würden damit im nächsten Schuljahr beginnen können, um es dann in drei Jahren abzuschließen. Ich bin wirklich stolz darauf, daß es den Koalitionsfraktionen gelungen ist, diesen angekündigten Zeitraum um ein volles Jahr zu verkürzen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie können daran ersehen, wie schnell und wie nachhaltig diese Koalition das, was sie den Menschen versprochen hat, umsetzt. Sie können sich daran ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie können darauf bauen, daß die dort sichtbare Zügigkeit in der Politik weitergehen wird. Warten Sie es mal ab.

Vom Haushaltsjahr 1991 an wollen wir jährlich über den Ersatzbedarf hinaus Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Damit hat die unselige Praxis

des Stellenabbaus trotz wieder steigender Schülerzahlen endlich ein Ende.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Auch darauf bin ich durchaus stolz: Mit ihrem ersten Beschluß noch am Tage ihres Amtsantritts hat die neue Landesregierung die Stellenstreichungen ihrer Vorgängerin gestoppt. 600 Lehrkräfte werden noch im Schuljahr 1990/91 neu eingestellt. Da sollten auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, klatschen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir alle wissen nämlich, wie sehr es an der Versorgung insbesondere in den Grundschulen hapert. Wir sind diejenigen, die den zahllosen Elterninitiativen, die auf den von der früheren Regierung verursachten Mangel hingewiesen haben, nicht einfach nur nichtssagende Schreiben schicken, sondern die auch etwas tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Mit den Einstellungen in den nächsten Jahren wollen wir vor allem die Grundversorgung verbessern, aber wir wollen auch die notwendige Verjüngung der einzelnen Kollegien einleiten. Die Landesregierung wird die Arbeitszeitverkürzung für Lehrerinnen und Lehrer — das sage ich mit Nachdruck und in dem Bewußtsein, daß ich damit nicht nur Freude bereite — im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortsetzen.

Wir wollen die bisherige Praxis der sogenannten Feuerwehrlehrkräfte für unerwartet ausfallenden Unterricht ändern und eine andere Lösung des Vertretungsunterrichts finden.

Die Landesregierung wird die Zahl der Kindergärten- und Krippenplätze spürbar erhöhen. Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir ein Kindertagesstättengesetz schaffen.

Die Landesregierung wird die Weiterentwicklung von Grundschulen zu vollen Halbtagsschulen betreiben und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Stellen entsprechende Anträge genehmigen.

In der Orientierungsstufe werden wir die integrativen Momente stärken und damit auf die Klagen über zu frühe Kurszuweisungen eingehen.

Gesamtschulen, meine Damen und Herren, sollen dort errichtet werden, wo es eine genügend große Zahl von Eltern fordern. In diesem Sinne wird die Gesamtschule gleichberechtigte Regelschule.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In den Haupt- und Realschulen sowie in den Gymnasien werden die reformorientierten Ansätze für eine neue Unterrichtsorganisation fortgeführt. In der gymnasialen Oberstufe sollen die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler erhöht und die Verbesserungen durchgesetzt werden, die nach der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz von 1987 möglich sind.

Die berufliche Bildung genießt die besondere Aufmerksamkeit dieser Landesregierung. In dieser Legislaturperiode wollen wir vor allem nicht nur den gesetzlichen Rahmen, sondern die materiellen Voraussetzungen für die Sicherung der beruflichen Grundbildung schaffen. Bewährte Berufsgrundbildungsjahre werden weiter eingeführt. Notwendige Veränderungen und Verbesserungen wollen wir nach Auswertung der vom Landtag in Auftrag gegebenen Bestandsaufnahme beginnen.

Die Förderung der Berufschancen für Mädchen und Frauen hat für uns in der Bildungspolitik einen hohen Stellenwert.

Jugendwerkstätten, in denen benachteiligte Jugendliche besonders gefördert werden und sich beruflich qualifizieren können, wollen wir finanziell besser als bisher absichern.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, nicht nur unter den Bildungspolitikern des Hohen Hauses, sondern unter allen ist klar, daß sich seit Jahren Herausforderungen abzeichnen, auf die unser Schulwesen neue Antworten finden muß. Die Landesregierung will daher folgende Maßnahmen besonders fördern:

erstens die verbesserte Integration behinderter Kinder,

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

zweitens die Erweiterung von Ganztagschulen und anderen Modellen ganztägiger Betreuung,

drittens die Überprüfung der Rahmenrichtlinien auf neue Inhalte wie Ökologie, Gleichberechtigung der Geschlechter und fächerübergreifende Aspekte sowie auf Möglichkeiten der Straffung,

viertens die politische Bildung,

fünftens die Weiterentwicklung der Koedukation, der Umweltbildung und der interkulturellen Erziehung.

Der Lehrerfort- und -weiterbildung kommt angesichts der Altersstrukturen der Kollegien, der rasanten Veränderungen der Berufswelt sowie der europäischen und deutschen Entwicklung größere Bedeutung zu als in früheren Zeiten. Daher wer-

den wir die Lehrerfort- und -weiterbildung neu organisieren.

Die Landesregierung weiß, daß die Schulen praktisch eine größere Autonomie erlangt haben. Dem wollen wir durch eine Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes auch rechtlich Rechnung tragen. Das heißt für uns eine Stärkung der Mitwirkungsrechte der unmittelbar an der Schule Beteiligten.

In der Jugendförderung läßt sich die Landesregierung davon leiten, daß Kinder und Jugendliche als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft mit ihren speziellen Wünschen, Ansprüchen und Forderungen wirklich ernst zu nehmen sind. Die Landesregierung wird auch auf das veränderte Bedürfnis von Jugendlichen und auf die neue Entwicklung in der Jugendarbeit mit einem zusätzlichen Förderangebot eingehen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In die Förderung werden auch die Arbeit mit Mädchen, Initiativen und Projekte sowie Jugendbildungsstätten einbezogen.

Der Sport als wichtiger kultureller Faktor und selbstbestimmte Lebensäußerung der Menschen genießt die besondere Aufmerksamkeit der Landesregierung, auch meine.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

— Kempmann [Grüne]: Nicht nur Tennis!)

— Nein, nicht nur eine bestimmte Sportart, sondern alle. — Um auch die zusätzlichen Ansprüche des Breitensports, des Freizeitsports und des Umweltschutzes befriedigen zu können, wird die Förderung des Sport nach dem Niedersächsischen Sportwettengesetz angemessen angehoben.

(Beifall bei der SPD.)

Heute wird die Diskussion um Wissenschaft, Forschung und Technologie vielfach bestimmt von Gesichtspunkten ihrer häufig nicht vorhersehbaren Folgen für die Gesellschaft. Wir werden uns nicht scheuen, technologische Entwicklungen, die für die Gesellschaft unabsehbare Folgen haben, zu bekämpfen. Andererseits aber werden wir alles tun, um die Wissenschaft in die Lage zu versetzen, ihren Beitrag zu Bewältigung der gewaltigen Probleme und Herausforderungen unserer Zeit auch zu leisten.

Dafür werden wir unsere Hochschulen verstärkt fördern, aber auch fordern. Unsere Pflicht ist es, sie so auszustatten, daß sie diesen Aufgaben gewachsen sind. Es reicht nicht, von einer „Überforderungskrise“ zu reden, man muß dagegen auch etwas tun, meine Damen und Herren!

Schröder

Fördern der Hochschulen bedeutet nach wie vor Öffnung der Hochschulen und Abbau der Überlastbedingungen durch ein Hochschulausbauprogramm, das in einem zeitlichen Rahmen von ca. acht Jahren die Schaffung von 15 000 zusätzlichen Studienplätzen vorsieht und das deutliche neue strukturpolitische Akzente setzen wird.

Von vorrangiger Bedeutung ist dabei der Ausbau der Fachhochschulen, deren Ausstattung dringend verbessert werden muß, damit das Potential der Fachhochschulen für die Ausbildung von Studenten, für praxisnahe Forschung, für die Strukturpolitik auch und gerade in den Regionen, meine Damen und Herren, noch besser genutzt werden kann.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Dr. Hruska [FDP]: Hannoversch Münden!)

— Sie haben da ein Sonderproblem erwähnt, Herr Hruska.

(Dr. Hruska [FDP]: Hannoversch Münden hatte ich erwähnt, weil Sie von einer Strukturpolitik im ländlichen Raum im Fachhochschulbereich reden!)

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses muß verbessert werden. Auch hier werden wir uns in das bundesweite Förderungsprogramm einschalten und neue Stellen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schaffen, weil nur auf diesem Weg neue Impulse und Kontinuität im Lehr- und Forschungsbetrieb unserer Hochschulen gleichermaßen zu sichern sind. Aber: Nur wenn auch die Infrastruktur unserer Hochschulen besser ausgestattet wird, können sie ihre Funktion und die Zukunftsaufgaben, die wir ihnen stellen, sachgerecht erfüllen.

Wir wollen das Niedersächsische Hochschulgesetz auf der Grundlage der Gesetzentwürfe der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen aus der elften Legislaturperiode novellieren.

Die Bedeutung und die Verantwortung der Forschung für eine moderne Industriegesellschaft sind unbestritten. Unabdingbar ist aber, daß der Wissenschaftsfolgenabschätzung mehr Raum als bisher gegeben wird.

Wir sehen die großen Möglichkeiten erweiterter nationaler und internationaler Wirtschaftsräume für verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen. In diesem Zusammenhang sind sich die Koalitionsparteien einig, daß die Förderung von Entwicklungen und Anwendungen im Bereich der Mikroelektronik und der Silizium-Technologie in Niedersachsen von erheblicher Bedeutung für die

wirtschaftliche Entwicklung ist. Das Land Niedersachsen hat deshalb ein großes Interesse, Sitz wichtiger Forschungs- und Anwendungseinrichtungen zu sein.

Die Koalitionsparteien unterstützen aber auch die Finanzierung einer arbeitnehmerorientierten Technologieberatung und Technikfolgenabschätzung. Sie werden die Technologieberatungsstellen der Gewerkschaften, deren Finanzierung von der bisherigen Landesregierung nur für vier Jahre zugesagt worden ist, auf eine dauerhafte finanzielle Grundlage stellen.

(Beifall bei der SPD.)

Forschungspolitik darf nicht bloß Anhängsel der Wirtschaftspolitik sein. Da die Hochschulen — von Ausnahmen abgesehen — die besten Voraussetzungen für eine leistungsfähige Forschung bieten, wird die Landesregierung nach Einzelprüfung die in den vergangenen Jahren außerhalb der Hochschulen gegründeten wirtschaftsnahen Forschungsinstitute enger mit den Hochschulen verbinden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In diesem Zusammenhang ist es unsere gemeinsame Absicht, das Gewicht der Geistes- und Sozialwissenschaften wieder zu stärken. Wir wollen die Hochschulen, auch und insbesondere die technisch ausgerichteten, ausdrücklich zu Grenzüberschreitungen in ihren Studien-, Lehr- und Forschungsangeboten ermutigen. Meine Damen und Herren, dies ist mir besonders wichtig, weil einer Tendenz, die bisweilen beobachtet werden kann, entgegengetreten werden muß, der Tendenz nämlich, daß große, gewiß auch wichtige und interessante, spektakuläre Kongresse mit ungeheurem Aufwand durchgeführt werden, dafür aber die geisteswissenschaftlichen Disziplinen an den Universitäten und an den Fachhochschulen wenn nicht verkümmern, so doch nachrangig behandelt werden. Dies hört auf, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die sozialen Bedingungen für die Studierenden müssen so gestaltet werden, daß sie sich unabhängig von der sozialen Herkunft wirklich konzentriert ihrem Studium widmen können. Voraussetzung hierfür sind erschwinglicher Wohnraum und eine angemessene Ausbildungsförderung. Unsere Koalitionsvereinbarung sieht hierfür konkrete Schritte vor.

Fordern wollen wir — damit komme ich zur zweiten Seite unserer hochschul- und wissenschaftspolitischen Grundüberzeugungen — von unseren

Hochschulen eine stärkere Öffnung zur Gesellschaft, fordern wollen wir Verantwortung und Transparenz von Forschungsergebnissen, und fordern wollen wir die Bereitschaft, Dienstleistungen und Wissenstransfer in die Regionen hinein zu vermitteln.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir wissen, daß diese Bereitschaft vorhanden ist, und wir wollen alle diejenigen, bei denen sie in besonderer Weise vorhanden ist, ermuntern und fördern, damit fortzufahren, um diese Bereitschaft noch zu verstärken.

Die Hochschulen sind gefordert, ihre Ausbildung verstärkt am Prinzip des lebenslangen Lernens auszurichten. Das heißt, im Studium Grundlagenwissen und die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Lernen und Arbeiten zu vermitteln, ohne sich in ein allzu breitgefächertes Spezialwissen zu verlieren. Das heißt auch, Berufstätigen durch verstärkt anzubietende Weiterbildungsstudien neue Perspektiven zu eröffnen.

Für unsere Hochschulpolitik, meine Damen und Herren, sind die Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission, die von Herrn Ministerpräsident Dr. Albrecht eingesetzt worden ist, außerordentlich wertvoll. Wir werden den Bericht bei allen künftigen Entscheidungen zu Rate ziehen.

Wenn wir von der „Zukunftsaufgabe Bildung“ und von „lebenslangem Lernen“ reden, dann sind auch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung angesprochen, die seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit leisten. Wir wollen die Erwachsenenbildung auch wegen des steigenden Freizeitanteils weiter ausbauen. Ich will hier aus der Reihe konkreter Aussagen dazu nur einen zentralen Punkt herausgreifen, nämlich die Wiederherstellung des Bildungsurlaubsgesetzes von 1975.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir werden es wiederherstellen und an neue pädagogische und gesellschaftliche Forderungen und Anforderungen anpassen.

In unserer Koalitionsvereinbarung steht, daß wir der Kulturpolitik in Niedersachsen künftig einen höheren Stellenwert zumessen wollen. Dieser Satz ist Kritik und Programm zugleich: Kritik an einer nur noch verwaltenden, innovationsfeindlichen Kulturpolitik der Vergangenheit und Programm, weil für das Kulturverständnis von Sozialdemokraten und Grünen Teilhabe an Kultur ein wichtiges Element der Lebensqualität ist.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Kulturpolitik ist für uns auch Gesellschaftspolitik. Sie ist stets zugleich ein Stück Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Bildungspolitik und von ausschlaggebender Bedeutung für die Strukturpolitik einer Region. Nicht zuletzt deshalb werden wir die Denkmalpflege in Niedersachsen stärken.

(Zustimmung bei der SPD.)

Wir möchten durch ein aktives, breit angelegtes Kulturleben diese regionale Bindung verstärken, ohne in Provinzialismus im Sinne von spießbürgerlicher Pflege des eigenen Vorgärtchens zu erstarren. Wir fordern dabei insbesondere die Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Musikerinnen und Musiker auf, uns bei diesem Vorhaben kritisch, aber auch kreativ zu unterstützen und zu beraten. Unser Diskussionsangebot bedeutet auch, daß die einzelnen Vorschläge in unserer Koalitionsvereinbarung kein abgeschlossener Maßnahmenkatalog sind. Wo sonst, wenn nicht in der Kulturpolitik, müssen wir offen und sensibel für neue Entwicklungen und interessiert an überraschenden Herausforderungen sein? Das gilt für jeden.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Frau Dr. Dückert [Grüne]. — Hildebrandt [FDP]: Schöner Satz!)

Zur Identität gehört die Achtung vor der Tradition. Ein Kulturstaat verkümmert aber, wenn er im Alten verharret und gerade in diesem für die Menschen so wichtigen gesellschaftlichen Bereich nicht immerwährend auf der Suche nach Neuem ist. Darin liegt unter anderem die Definition für den Kulturschaffenden. Die Aufgabe der Politik ist es, dies wirklich zu ermöglichen.

Niedersachsen verfügt über eine Vielzahl von großen staatlichen Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. Es gilt, ihre Qualität zu sichern. Manchmal allzusehr unentdeckt, gibt es bei uns aber auch eine Vielzahl von Initiativen und Vereinen, die in den Regionen wichtige Kulturarbeit leisten.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ohne die vielen Menschen, die diese Aufgaben zumeist ehrenamtlich wahrnehmen, wäre unser Kulturstaat ein Torso. Wir wollen diese Arbeit stärker würdigen, als das bisher der Fall war.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ein Kulturland Niedersachsen entsteht nicht durch ein Dekret von oben, übrigens auch nicht durch eine Werbegesellschaft und deren noch so geschickte Strategie.

(Zustimmung bei der SPD.)

Schröder

Ein Kulturland kann nur dann Wirkung entfalten, wenn die vorhandenen Initiativkräfte in ihrer Vielfalt in den Regionen einbezogen werden. Glanzlichter, auch teure, können nur dann strahlen, wenn es darunter nicht düster aussieht, was weitgehend der Fall ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Kulturförderung heißt Freiräume schaffen und kulturelle Vielfalt garantieren. Es ist klar, daß gerade wir nicht bevormunden wollen und, anders als früher, schon gar nicht politisches Wohlverhalten im Bereich der Kultur belohnen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Für Presse und Rundfunk gilt im demokratischen Staat: Wo er überhaupt ordnend eingreift, hat das mit dem Ziel zu geschehen, die Pressefreiheit zu verteidigen, bisweilen auch sie gegen ökonomische Macht erst zu verwirklichen.

Pressefreiheit ist in erster Linie die Freiheit der Journalisten, ohne Bevormundung und Gängelung zu arbeiten. Darum wollen wir Redaktionsstatuten in den öffentlich-rechtlichen wie in den privaten Medien schaffen. Dann ist Pressefreiheit die Existenz und die Unabhängigkeit der Institutionen, die für Aufklärung und Information, für Bildung, aber natürlich auch für Unterhaltung zuständig sind: die Zeitungsverlage und die Rundfunkanstalten.

Für den Rundfunkbereich werden wir einen wesentlichen Schritt zur weiteren Minderung des staatlichen Einflusses vollziehen. Ich sage das ausdrücklich, meine Damen und Herren, weil uns ja bisweilen der entgegengesetzte Vorwurf gemacht worden ist.

(Zurufe von der FDP.)

— Das hätten Sie alles schon machen können. — Im Unterschied zu früher wird der Landesrundfunkausschuß gestärkt. Er — und nicht die Staatskanzlei — wird Erlaubnisbehörde sein.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Zurufe von der CDU und von der FDP.)

— Wenn das alles so selbstverständlich und so notwendig war, frage ich mich, warum das in den letzten Jahren nicht geschehen ist.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Aufgabe übernimmt der Landesrundfunkausschuß also von der Staatskanzlei. Bei der unabhängigen Erlaubnisbehörde Landesrundfunkausschuß müssen dann aber auch größere Möglichkeiten zur Programmkontrolle liegen, damit sichergestellt wird, daß die Rundfunkveranstalter

den Programmauftrag auch wirklich erfüllen. Rundfunkanstalten haben ja nicht den Auftrag, über die Antennen das Einkommen einiger weniger Leute zu verbessern. Wer eine wirkungsvolle Programmkontrolle will, muß auch die materielle und personelle Ausstattung beim unabhängigen Landesrundfunkausschuß befürworten. Wir wollen es. Mit den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein wird die Landesregierung sehr bald Verhandlungen mit dem Ziel führen, den Staatsvertrag über den NDR neu zu fassen. Dabei soll eine langfristige Sicherung der Drei-Länder-Anstalt mit Sitz in Hamburg angestrebt werden.

(Hirche [FDP]: Zentralisierung des SPD-Einflusses!)

— Wo sonst? — Gleichzeitig sollen die Landesfunkhäuser und die Studios in den beiden Flächenländern gesichert werden. Unsere Auffassung ist es, daß die Anstalt von sich aus einen Beitrag dazu leisten wird, die regionale Berichterstattung nicht einzuschränken, sondern sie eher noch zu verstärken.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Änderung des Landesrundfunkgesetzes, die wir vornehmen werden, betrifft noch einen weiteren Punkt: Es sollen Versuchsprojekte mit privatem, nicht kommerziellem Hörfunk auf lokaler Ebene zugelassen werden. Endgültige Entscheidungen über das Ob und das Wie des lokalen Hörfunks wird es erst nach der Auswertung dieser Versuchsprojekte geben.

Die neue Landesregierung will die Wirtschaftsförderung neu und effektiver gestalten. Sie prüft, ob in diesem Zusammenhang neue Formen der Organisation gefunden werden müssen und können. Dabei spielt die Förderung regionaler Entwicklungskonzepte eine besondere Rolle. Dies gilt sowohl für die mehr ländlich strukturierten Räume als auch für die städtischen Verdichtungsräume einschließlich Hamburgs und Bremens mit ihrem jeweiligen Umland.

Neben dem Wirtschaftsförderfonds wollen wir einen besonderen Ökologiefonds schaffen. Damit wollen wir umweltverträgliche Produktionsverfahren und Produkte fördern sowie helfen, eine umweltverträgliche Abfallvermeidungs- und Entsorgungswirtschaft zu schaffen. Insgesamt erwarten wir von diesen Maßnahmen mehr Arbeitsplätze und eine Verbesserung der Beschäftigungsstruktur.

Die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir verstärken. Angesichts der in den letzten Jahren gesunkenen Exportquote der niedersächsischen Wirtschaft ist der Ausbau der

Außenwirtschaftsförderung besonders geboten. Wir werden der besonderen Situation Niedersachsens bzw. der besonderen Situation Norddeutschlands im kommenden europäischen Binnenmarkt und der weiteren Technologieförderung unsere Aufmerksamkeit widmen und die bisherigen Maßnahmen ergänzen, so zum Beispiel durch Unterstützung einer arbeitnehmerorientierten Technologieberatung und Technikfolgenabschätzung.

Das Tourismus- und Erholungsgewerbe ist ein wichtiger Wirtschaftszweig für Niedersachsen. Die Förderung des Tourismus, insbesondere des „sanften“ Tourismus, sehen wir als unsere wichtige Aufgabe an. Die bisher auf mehrere Ressorts verteilten Zuständigkeiten sollen besser koordiniert im Wirtschaftsministerium zusammengefaßt werden.

In der Energiepolitik steht für uns die Förderung der Energieeinsparung an erster Stelle. Die Instrumente des Energiewirtschaftsgesetzes und der Energieaufsicht sollen dazu konsequent genutzt werden.

Wir haben das Ziel, den Einsatz der regenerativen Energien besonders zu fördern. Das gilt auch für Forschungsvorhaben auf diesem Gebiet. Wir möchten eine Vielzahl von Wind- und Solarenergieanlagen in Niedersachsen fördern. Außerdem wollen wir die Rekommunalisierung der Energieversorgung unterstützen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Von besonderer Bedeutung ist die konzeptionelle Neugestaltung der Verkehrspolitik. Sie ist gekennzeichnet durch die bessere Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und den Vorrang der Schiene beim weiteren Ausbau der Infrastruktur.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Dies wird nach unserer Überzeugung dazu beitragen, daß die Umweltbelastungen durch den Verkehr reduziert werden, und das ist wirklich notwendig. Ein neues Verkehrskonzept muß darüber hinaus landesplanerische und städtebauliche Ansprüche sowie die Situation nach Öffnung der Grenzen zur DDR berücksichtigen.

Die Landesregierung beabsichtigt, in einem Landesförderprogramm für den ÖPNV regionale Verkehrskonzepte der Städte, Gemeinden und Kreise zu entwickeln und die Gründung von Verkehrsverbänden zu fördern. Wir wollen die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den öffentlichen Nahverkehr anders als in der Vergangenheit voll ausschöpfen.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zum Schutz menschlichen Lebens werden wir ein besonderes Verkehrssicherheitsprogramm erarbeiten. Auch in diesem Zusammenhang wollen wir den Fahrradverkehr besonders fördern.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD.)

Zur Verbesserung der Schienenverkehrsverbindungen zwischen allen Räumen des Landes streben wir die Einrichtung eines Regionalschnellbahnsystems an. Wir wollen den Vertrag für den Ausbau der Bahnstrecke Wunstorf—Hannover—Lehrte unverzüglich abschließen.

(Hirche [FDP]: Ohne Rücksicht auf die Kosten!)

Wegen der Bedeutung des Flughafens Hannover-Langenhagen streben wir seine Anbindung an das Schienennetz der Bundesbahn an.

Zur Unterstützung der Verlagerung auch der Güterverkehrsströme von der Straße auf die Schiene sollen Güterverkehrszentren entwickelt werden.

Meine Damen und Herren, Ziel der neuen niedersächsischen Hafenpolitik ist es, die landeseigenen Seehäfen wieder auf eine solide wirtschaftliche Basis sowie auf ein Höchstmaß an Umweltverträglichkeit zu bringen. Ich will hier konkret nur auf die Häfen in Emden und in Cuxhaven eingehen.

Für den einstmals bedeutenden Landeshafen Emden waren die letzten zwei Jahrzehnte Zeiten des Niedergangs. Von damals über 15 Millionen Jahrestonnen ging der Umschlag auf unter 2 Millionen t zurück. Die Ursache ist eindeutig: Die immer größer werdenden Regelschiffe können das Emdener Fahrwasser nicht mehr passieren. Darum ist die Konsequenz unausweichlich: Ohne die Anbindung des Emdener Hafens an das seeschiffiefe Wasser durch einen Vorhafen an der Knock und bei Verminderung der ökologisch nicht vertretbaren hohen Baggermengen ist wegen der noch weiter steigenden Schiffsgrößen die Zukunft des Hafens insgesamt bedroht. Gemäß der Koalitionsvereinbarung wird deshalb ein Vorhafen gebaut.

Die Sicherung der Arbeitsplätze auf den Emdener Werften und in den anderen ansässigen Betrieben hat für die Landesregierung selbstverständlich Vorrang. Darum müssen die endgültige Beurteilung des Zustands der Großen Seeschleuse und die Entscheidung über die sich daraus ergebenden Konsequenzen zügig erfolgen. Technische Störungen des Schleusenbetriebes müssen ausgeschlossen werden.

Schröder

In Cuxhaven ist die Erweiterung der Hafenanlagen durch eine Mehrzweckumschlaganlage mit Liegeplätzen am Fahrwasser der Elbe nötig, um die steigenden Aktivitäten des Hafens auch für die Zukunft zu sichern. Daher werden wir umgehend prüfen, ob eine hafenbauliche Lösung bei Minimierung von Naturverbrauch und Naturzerstörung gefunden werden kann. Die Nutzung des hamburgischen Amerikahafens hierfür soll durch den raschen Abschluß eines Staatsvertrages ermöglicht werden. Um die historische Chance der Zusammenarbeit zwischen Cuxhaven und Hamburg zum gegenseitigen Vorteil zu verwirklichen, soll das Land Niedersachsen die Eigentumsrechte und die Planungshoheit am Amerikahafen erhalten. Das Land verzichtet dafür auf den ohnehin nicht vorgesehenen Bau eines Containerterminals. Darüber hinausgehende Bedingungen zur Einschränkung zukünftiger Nutzungsmöglichkeiten des Hafensondergebiets in Cuxhaven werden von der Landesregierung nicht akzeptiert.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Hirche [FDP]: Da sind Sie ganz schnell wieder bei Groden!)

— Das warten Sie mal in Ruhe ab, Herr Hirche, auch wenn Ihr Parteifreund in Hamburg ökologisch Vernünftiges noch zu bremsen versucht. Ich bin recht optimistisch, daß wir uns mit dem, was wir vorschlagen und was wirklich vernünftig wäre, auch gegen bornierte Interessen, vielleicht auch parteipolitisch bornierte Interessen, durchsetzen werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren! Das Ziel unserer Agrarpolitik ist es, die bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten und sie in die Lage zu versetzen, umweltverträglich zu wirtschaften. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die durch ihre Wirtschaftsweise zur Bewahrung einer intakten Umwelt beiträgt, ohne dabei auf wirtschaftlichen Erfolg verzichten zu müssen. Eine vielfältig strukturierte bäuerliche Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes und zur ausgewogenen Verteilung von Grund und Boden.

Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, daß die staatlichen Fördermaßnahmen auf die bäuerlichen Familienbetriebe konzentriert sowie Voll- und Nebenerwerbsbetriebe in der Förderung gleichrangig behandelt werden. Die Agrarindustrie, meine Damen und Herren, soll von jeglicher Förderung ausgeschlossen werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir wollen das Wirtschaften in den Agrarfabriken zugunsten der niedersächsischen Bauern unattraktiv machen. Dazu wird es im Bundesrat Initiativen zum Bau- und zum Steuerrecht geben. Dieser Vorgabe dient auch eine Initiative zur Änderung des Strukturrahmengesetzes unter anderem mit dem Ziel, bundesweit eine allgemeingültige Definition des bäuerlichen Familienbetriebs zur Abgrenzung von den Agrarfabriken zu erreichen. Die Flächengebundenheit der landwirtschaftlichen Produktion ist dabei nach unserer Auffassung ein entscheidendes Kriterium.

Im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung werden wir die Förderungskriterien überprüfen müssen. Wir haben große Zweifel, ob die jetzigen Abgrenzungskriterien die richtigen sind.

Neben der allgemeinen Förderung für bäuerliche Familienbetriebe wollen wir gezielt die Extensivierung und den ökologischen Landbau unterstützen. Begleitende Maßnahmen zur Förderung der Vermarktung für Produkte aus umwelt- und tiergerechter Erzeugung sollen ebenfalls dazu beitragen, den Landwirten angemessene Preise und ein ausreichendes Einkommen zu sichern.

Kurzfristig soll ein Programm zur Förderung der extensiven Erzeugung von Qualitätsfleisch aufgelegt werden.

Die Verteilung der Milchquoten soll sich künftig an sozialen und ökologischen Gesichtspunkten orientieren und durch die bäuerliche Selbstverwaltung vorgenommen werden. Niedersachsen wird seine Haltung bei den anstehenden Beratungen im Bundesrat zum Milchaufgabevergütungsgesetz von der Berücksichtigung dieser Positionen abhängig machen — zum Milchaufgabevergütungsgesetz.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den Grünen.)

Für die Erfassung von Biomilch sollen Beihilfen gewährt werden.

(Küpker [FDP]: Er muß noch viel lernen!)

— Nein, das ist nicht eine Frage des Lernens. Ich weiß schon, was damit gemeint ist. Es ist eine Frage der Formulierung von Gesetzen, über die mal nachgedacht werden sollte.

(Beifall bei der SPD.)

Um die Lage der Getreidebauern zu verbessern, soll über den Bundesrat und die EG darauf hingewirkt werden, daß ein Beimischungszwang für Getreide in Futtermittel eingeführt wird und die Futtermittelimporte durch die Einbeziehung der Futtermittel in die Getreidemarktordnung beschränkt werden.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt erheblichen Wert darauf, daß den Verbrauchern nur gesunde und hochwertige Lebensmittel angeboten werden. Durch verstärkte Verbraucherberatung soll Verständnis dafür geweckt werden, daß qualitativ hochwertige Lebensmittel ihren Preis haben. Dabei soll auch die Art der Erzeugung Berücksichtigung finden.

Damit die Verbraucher auch im Hinblick auf das gesamte Lebensmittelangebot nur gesunde und hochwertige Lebensmittel erhalten, wollen wir die Leistungsfähigkeit und Effizienz der Lebensmittelüberwachung nachhaltig verbessern.

(Beifall bei der SPD.)

Die Landesregierung fördert Projekte im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe nur bei positiver ökologischer Gesamtbilanz. Aussichtsreiche Chancen sieht sie im Industriepflanzenbau, insbesondere zur Substitution schwer abbaubarer chemischer Kunststoffe. Die gegenwärtigen Versuchsprojekte in der Pilotanlage Ahausen-Eversen sollen fortgesetzt werden. Der Ausstieg aus der Bioethanolanlage Groß Munzel soll im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten erfolgen.

Dem Wald, so glaube ich, hat unser aller besonderes Augenmerk zu gelten. Für die Landesforsten werden wir eine neue ökologisch orientierte Waldbauplanung vorlegen, deren Zielstandort gerechte, aber eben auch artenreiche Wälder sind. Parallel zu einer konsequenten Luftreinhaltepolitik sind aber alle geeigneten forstlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandskraft der Waldökosysteme zu ergreifen. Das ökologische Waldbauprogramm wird dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Wir streben — ich hoffe, das ist in der Einleitung klar geworden — eine Richtungsänderung in der niedersächsischen Sozialpolitik an, die älteren Menschen, Behinderten und Benachteiligten eine wirklich volle Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sichert und die Hilfe zur Selbsthilfe und zu selbstbestimmtem Leben bieten wird. Wir wollen eine Politik mit und für ältere Menschen und Behinderte gestalten, Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen und die Selbsthilfegruppen stärken.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Im Bundesrat werden wir die Politik des Sozialabbaus und der Schwächung der Arbeitnehmerrechte beenden sowie die Schritte zur Weiterentwicklung und zum Umbau des Sozialstaates mittragen.

(Beifall bei der SPD.)

Niedersachsen will mitwirken am Aufbau eines demokratisch bestimmten patientenorientierten Gesundheitswesens in Deutschland. Die Rücknahme der großen Ungerechtigkeiten in der sogenannten Gesundheitsreform und die Unterstützung einer wirklichen Organisation und Gesundheitsreform sind für uns besonders wichtig.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Aus der großen Zahl von Vorhaben im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik kann ich nur einige besonders hervorheben. Wir wollen den Pflegenotstand in den Altenpflegeheimen und in den Behinderteneinrichtungen abbauen

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

und hierfür die Finanzleistungen des Landes erhöhen. Im Bundesrat wollen wir Initiativen zur Verbesserung der Personalschlüssel in den Krankenhäusern ergreifen. Nur durch das außerordentliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Altenpflegeheimen, in den Behinderteneinrichtungen und in den Krankenhäusern wird die Pflege gegenwärtig noch sichergestellt. Ich habe großen Respekt vor den Leistungen dieser Menschen in der Pflege und möchte ihnen für ihren aufopferungsvollen Dienst danken, es aber dabei nicht belassen, meine Damen und Herren, sondern ankündigen, daß wir um die Schwierigkeiten wissen und Maßnahmen ergreifen werden, sie zu überwinden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Zur Sicherung des Nachwuchses in der Altenpflege wird die Landesregierung im Bundesrat diejenigen Gesetzentwürfe unterstützen, die die Altenpflegeausbildung mit der Krankenpflegeausbildung gleichstellen wollen. Durch ein Landesgesetz soll die Finanzierung der Sozialstationen und ambulanter freigemeinnütziger Pflegevereine gesichert werden sowie eine Erweiterung ihrer Aufgaben erfolgen. Eine Absicherung des Lebensrisikos der Pflegebedürftigkeit halten wir für dringlich.

(Beifall bei der SPD.)

Die Landesregierung wird hierzu eine Bundesratsinitiative ergreifen. Wir werden eine Fachkommission berufen, die ein Konzept für die aktivierende und ganzheitliche Pflege mit den Schwerpunkten Tagespflege, tagesstrukturierende Angebote, Gruppenpflege, Kurzzeit- und alterspsychiatrische Pflege entwickeln soll. Für Behinderte wollen wir das Angebot an Wohnheimen und anderen Wohnplätzen mit einem angemessenen Betreuungsschlüssel verbessern und neue Wohn- und Betreuungsformen modellhaft fördern. Die

Schröder

Löhne Behinderter in den Werkstätten wollen wir anheben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Durch die Berufung eines Landesbeauftragten für Behinderte soll für die Mitwirkung der Betroffenen in der Sozialpolitik des Landes ein neues Zeichen gesetzt werden. Im Bereich der Psychiatrie will die Landesregierung ein Konzept zur aktivierenden Pflege in den Landeskrankenhäusern, aber auch insbesondere außerhalb dieser Einrichtungen unter dem Aspekt einer gemeindenahen Psychiatrie entwickeln.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich darf mit Bezug auf aktuelle Auseinandersetzungen folgendes hinzufügen: Wir haben hier in mancher sozialpolitischen Debatte gehört, was alles für diese Einrichtungen getan worden sei. Wenn ich aber nun betrachte, was gegenwärtig vor den Toren Hannovers, nämlich in Ilten, berichtet wird, dann weiß ich oder muß ich vermuten, daß vieles von dem, was dazu hier früher gesagt worden ist, die volle Wirklichkeit nicht getroffen haben kann.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Für uns wird viel zu tun bleiben, das, was sich dort abzeichnet, aufzuklären und Veränderungen auch durchzusetzen.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit mit vielen Dauerarbeitslosen und arbeitslosen jungen Menschen zwingt das Land in eine stärkere Mitverantwortung zur Milderung und Beseitigung dieses untragbaren Übels.

Neben der Förderung von Arbeit durch die Bundesanstalt für Arbeit wollen wir die Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds stärker nutzen und durch Landesmittel wenigstens einen Teil der durch die 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz eingetretenen Kürzungen wettmachen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, daß wir dazu knappe Landesmittel einsetzen müssen, ist wirklich schlimm, weil Sie ja wissen, wie knapp wir mit Finanzmitteln sind und in diesem Wissen früher leider diesen Novellen zugestimmt haben. Wir müssen jetzt mit knappen Mitteln das nachbessern, was eine frühere Landesregierung preisgegeben hat. Das schmerzt uns sehr!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Durch eine Konzentration der Mittel wollen wir insbesondere wirkliche Dauerarbeitsverhältnisse in sozialen Betrieben schaffen und damit jungen

arbeitslosen Menschen und vor allem Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive eröffnen.

Im Bundesrat werden wir darauf drängen, die Verschlechterungen für eine aktive Beschäftigungspolitik durch die 8. und 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz rückgängig zu machen. Ich bin ziemlich sicher, meine Damen und Herren, daß diese Frage die anstehenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der nächsten Zeit strukturieren wird, und auf diese Auseinandersetzung freue ich mich.

Die Landesregierung wird für eine drastische Erhöhung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe eintreten. Im Bereich der Landesverwaltung werden wir die Bemühungen zur Erfüllung der Quote für Schwerbehinderten-Arbeitsplätze verstärken.

Ich habe darauf hingewiesen: Mitbestimmung und Selbsthilfe im Sozialstaat sind Ausdruck einer demokratischen Entwicklung und einer mündiger werdenden Gesellschaft. Sie können überdies helfen, verkrustete bürokratische Strukturen aufzulösen. Ich sage dies kritisch und selbstkritisch. Für die Landesregierung sind die zahlreichen Selbsthilfegruppen unverzichtbare Partner in der Gesundheits- und Sozialpolitik.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Bei Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihrer Selbstbestimmung wollen wir die Zusammenschlüsse von Selbsthilfegruppen sowie die Kontakt- und Beratungsstellen auf Landesebene, in den Landkreisen und kreisfreien Städten fördern.

In der Drogenpolitik wird sich die Landesregierung von dem Grundsatz „Hilfe vor Strafe“ leiten lassen. Drogenabhängige sind Kranke, und wir müssen sie wie kranke Menschen behandeln. Die Landesregierung wird die Präventionsarbeit stärken, die Beratung und Behandlung gegen Sucht und Drogen ausbauen und die bestehenden Lücken in den Hilfen schließen. Neben stofffreier Therapie will die Landesregierung die landesweite Abgabe von Substituten in indizierten Fällen ermöglichen und dabei eine psychosoziale Betreuung gewährleisten.

Auch im Strafvollzug werden wir am Grundsatz „Hilfe vor Strafe“ festhalten.

Meine Damen und Herren, eines der drückendsten Probleme der Gegenwart ist die Wohnungsnot, insbesondere die Wohnungsnot in den Ballungszentren, aber eben nicht nur dort. Angesichts dieser großen Wohnungsnot und der hohen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum haben

sowohl der Wohnungsneubau als auch — das ist mir wichtig — die Sicherung des vorhandenen Mietwohnungsbestandes für die Landesregierung einen zentralen Stellenwert.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Der bisherigen Politik der Überführung von immer mehr Sozialwohnungen auf den sogenannten freien Wohnungsmarkt setzen wir eine sozialverpflichtete Wohnungspolitik entgegen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In Niedersachsen soll der Bau von jährlich 15 000 Wohnungen gefördert werden,

(Hirche [FDP]: Das ist ein Rückschritt!)

davon etwa 2 000 Wohnungen als Altenwohnungen und zum Eigentumserwerb für kinderreiche und einkommenschwache Familien. Bei den Mietwohnungen soll die Förderung eine wohngeldfähige Miethöhe mit einer einkommensabhängigen Komponente und eine langjährige Belegungsbindung sicherstellen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Darauf kommt es, meine Damen und Herren, doch besonders an. Auf den Zwischenruf von Herrn Hirche hin sage ich: Für Sie oder für mich gibt es Wohnungen, gibt es selbst bezahlbare Wohnungen. Aber unsere Einkommensverhältnisse sind nicht die der Gesamtgesellschaft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn Sie es schaffen, Herr Hirche, vor dem Hintergrund der Anstrengungen der früheren Landesregierung beispielsweise einer alleinstehenden Frau mit einem Kind in Hannover eine bezahlbare Wohnung zu verschaffen, habe ich großen Respekt vor Ihnen. Sie werden es, von Ausnahmefällen abgesehen, aber nicht schaffen, weil es auf diesem Markt keine Wohnungen mehr gibt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das hat damit zu tun, daß die Städte und Gemeinden Interventionsmöglichkeiten verloren haben, weil es entsprechende Belegungsbindungen eben nicht oder nicht mehr gibt.

(Zustimmung bei der SPD.)

Was nutzt also eine Luxuswohnung, wenn mangels Geldes diejenigen nicht hineinziehen können, die diese Wohnung bitter nötig haben?

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Förderrichtlinien wollen wir auch mit dem Ziel überarbeiten, eine bessere architektonische,

städtebauliche, soziale und ökologische Qualität zu erreichen.

Bei der Stadtsanierung und bei der Dorferneuerung hat die Erhaltung von preiswerten Wohnungen Vorrang. Die öffentlichen Mittel sollen auch zur Schaffung zusätzlicher preiswerter Wohnungen eingesetzt werden. Die Landesrichtlinien werden im Sinne einer sozialen und ökologischen Umorientierung überarbeitet.

Die Politik der abgewählten Landesregierung, die Zahl der Sozialwohnungen immer stärker zu verringern, war unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die vorzeitige Rückzahlung von öffentlichen Fördermitteln muß gestoppt, und die Anreize dazu müssen abgeschafft werden.

Mit einem Landesmodernisierungs- und Instandsetzungsprogramm wollen wir insbesondere Formen der Wohnungsmodernisierung durch die Mieter selbst fördern.

(Beifall bei der SPD.)

Es soll ebenfalls die Förderung des behinderten- und altersgerechten Ausbaus von Wohnungen — auch zur Vermeidung von Heimunterbringungen — ermöglichen.

Zur Förderung des Ankaufs und Erhalts umwandlungs-, verkaufs- und abrißbedrohter Wohnbestände oder anderer zum Wohnen geeigneter Objekte wollen wir einen Fonds schaffen und Mittel daraus bereitstellen.

Meine Damen und Herren! In diesem Bereich ist mir eines ein besonderes Anliegen: Der Wohnungsmangel und der Abbau des Mieterschutzes seit 1982 bedeuten für viele Menschen in den Mietwohnungen eine existentielle Bedrohung. Diese Veränderungen insbesondere im Mietrecht haben sich wirklich für sehr viele Betroffene in fürchterlicher Weise ausgewirkt. Wir müssen erleben, daß längst nicht alle Vermieter, aber doch viel zu viele ihre Marktstellung brutal ausnutzen, um überhöhte Mieten durchzusetzen. Das ist die Folge einer verkehrten Politik, die das Mietrecht so verändert hat, daß Wohnung wie eine andere Ware behandelt werden konnte, und sie ist es nicht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn etwas Heimat ist, dann ist es die Wohnung. Entsprechend dieser Auffassung sollte Mietrecht gestaltet werden. Die Landesregierung wird daher für die Wiederherstellung des sozialen Mietrechts und für den Ausbau des Mieterschut-

Schröder

zes streiten. Auf Landesebene wollen wir die bestehenden Möglichkeiten nutzen, um dem Mieter zu helfen, aber wir wissen: Sie sind mangels rechtlicher Kompetenzen außerordentlich begrenzt. Deshalb ist es so wichtig, daß jeder begreift, der in diesem Sektor eine sozialgerechtere Politik durchsetzen will, daß eine neue Landesregierung vieles bewegen kann, aber erst Mehrheiten im Bundesrat und im Bundestag in der Lage sind, solche negativen Aspekte abzustellen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Im Vordergrund unserer Rechtspolitik steht die Notwendigkeit einer zuverlässigen Funktionssicherung der Rechtspflege und des Strafvollzugs. Für die Rechtspflege bedeutet dies: Sie muß bessere Arbeitsbedingungen erhalten. Insbesondere in der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit brauchen wir eine nachhaltige Verkürzung der Verfahrensdauer. Hierbei geht es sowohl um eine ausreichende Personalausstattung auf allen Funktionsebenen als auch um die Rationalisierung der Verfahrensabläufe. Dies, meine Damen und Herren, ist nötig, darf aber nicht zur Verkürzung des Rechtsschutzes führen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Bemühungen um die Aus- und Fortbildung sind zu intensivieren. Die Reform der Ausbildung der Juristen und Rechtspfleger, die Mitte der 80er Jahre der Wendepolitik zum Opfer gefallen ist, wollen wir wiederaufnehmen, meine Damen und Herren.

Im Strafvollzug geht es darum, offenkundige Defizite auszugleichen. Die Landesregierung denkt hierbei insbesondere an die Bereitstellung des nötigen Fachpersonals für die soziale Betreuung der Gefangenen, an die weitere Verbesserung der Haftsituation insbesondere von Frauen, für die das Angebot an offenen Vollzugsplätzen zur Zeit völlig unzureichend ist, und an die Klärung und Verbesserung der Haftbedingungen für die Untersuchungsgefangenen.

Darüber hinaus werden neue Vorhaben in Angriff genommen werden: Ich denke, wir werden Einigkeit darüber herstellen können, daß nicht alle Streitigkeiten zur ihrer Beilegung der Einschaltung der Gerichte bedürfen. Das sage ich auch als Anwalt, Herr Kollege. Durch außegerichtliche Konfliktbereinigung läßt sich in manchen Fällen und schneller Frieden unter Parteien stiften. Einrichtungen, die hierzu beitragen, müssen deshalb ausgebaut und stärker genutzt werden.

Herrschaftssicherung durch das Strafrecht kann nicht das Ziel einer offenen, demokratischen Gesellschaft sein. Die strafrechtliche Bewältigung gesellschaftlicher Probleme und Konflikte muß die Ultima ratio bleiben. Diesem Anspruch wird das geltende Recht nicht gerecht. Die Gesetzgebung des Bundes bedarf neuer Anstöße, die zu einer Entpolitisierung und Liberalisierung des Straf- und Strafprozeßrechts, zu einer Entkriminalisierung gesellschaftlichen Lebens und zu einem besseren Schutz der sexuellen Selbstbestimmung beitragen. Die Landesregierung wird deshalb eine Expertenkommission einsetzen, die eine Initiative Niedersachsens in diesen Bereichen auf Bundesebene vorbereiten soll.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch eines hinzufügen, meine Damen und Herren: Sie alle kennen die Auseinandersetzung um den § 218 des Strafgesetzbuches. Wir sind in der Situation, daß es in den beiden deutschen Staaten unterschiedliche Rechtszustände gibt. Und wir wissen um die definitive Forderung von Frauen, daß der hier geltende Strafrechtsparagraf 218 abgeschafft wird und daß an seine Stelle die rechtlichen Regelungen treten, die in der DDR gelten, nämlich die Fristenlösung.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, wir werden — ich sage das auch für mich ganz persönlich — helfen, diese Initiative durchzusetzen. Ich hoffe dabei sehr, daß wir Erfolg haben werden.

Die Strafverfolgung soll stärker als bisher auf die Bekämpfung besonders gefährlicher Kriminalitätsformen, namentlich der Wirtschafts- und Umweltkriminalität sowie des Drogenhandels, konzentriert werden. Diese Schwerpunktverlagerung erfordert personelle und organisatorische Maßnahmen bei den Staatsanwaltschaften. Die politischen Dezernate werden aufgelöst, und es werden Sonderdezernate für den Bereich der Bekämpfung sexueller Gewalt eingerichtet.

Die Kriminalpolitik muß stärker als bisher von der Grundüberzeugung geprägt sein, daß sich die dauerhafte Resozialisierung eines Straftäters letztlich nur in der Freiheit bewähren kann. Eine so verstandene Resozialisierung ist zugleich ein Beitrag zur wirklichen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Hieraus folgt für uns zweierlei:

Erstens müssen die Möglichkeiten der Haftvermeidung und der Haftreduzierung erweitert sowie die Arbeitsbedingungen der sozialen Dienste nachhaltig verbessert werden. Die Landesregierung wird deshalb auf ein entsprechendes Bundesgesetz hinwirken und zugleich für eine Ver-

besserung der Situation im eigenen Lande Sorge tragen.

Zweitens ist sicherzustellen, daß alle dafür geeigneten Gefangenen im offenen Vollzug, und zwar möglichst heimatnah, untergebracht werden. Im Zuge der weiteren Entwicklung wird der Ausbau des offenen Strafvollzuges unter Abbau bzw. Umwandlung des geschlossenen Vollzuges angestrebt.

Die Möglichkeiten eines Ausgleichs zwischen Täter und Opfer im Rahmen des Strafverfahrens sollen erweitert werden, um eine beschleunigte Wiedergutmachung des Schadens zu erreichen und zu einer Schlichtung des Täter/Opfer-Konflikts beizutragen.

Als Grundlage für den gesamten Bereich der Informationserhebung und -verarbeitung wird die neue Regierung unverzüglich ein Gesetz zur Sicherung der informationellen Selbstbestimmung in den Landtag einbringen. Aufgabe dieses Gesetzes ist es auch, die auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhende verfassungsmäßige Ordnung vor Gefahren infolge der automatisierten Datenverarbeitung zu bewahren.

Die Verpflichtung, dem Betroffenen Auskunft zu erteilen, muß für alle Behörden gleichermaßen gelten. Auch die Sicherheitsbehörden sollen die Auskunft nur aus den gleichen Gründen verweigern dürfen, die für die übrigen Behörden gelten.

Der Datenschutzbeauftragte soll der Dienstaufsicht des Landtagspräsidenten unterstehen, und er soll — das ist unser Wille — mit einer Zweidrittelmehrheit vom Landtag gewählt werden.

Die Personaldatenverarbeitung soll bereichsspezifisch geregelt werden. Dabei soll insbesondere den Gefahren umfassender Personalinformationssysteme begegnet werden.

Die Landesregierung will die Transparenz der Verwaltung erhöhen. Ich weiß, daß das eine Jahrhundertaufgabe ist. Hierzu gehört die Einführung der Verbandsklage im Umweltrecht. Als Ergänzung des auf den Schutz der einzelnen Personen bezogenen Datenschutzes werden Regelungen zum Informationszugang und zur Informationsfreiheit angestrebt.

Das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz soll novelliert und an die Grundsätze des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts angepaßt werden. In diesem Zusammenhang wird die jetzige Abteilung 4 des Innenministeriums zu einem Landesamt für Verfassungsschutz umgebildet werden. Meine Damen und Herren, der Personalbestand dieses neuen Landesamtes soll ange-

sichts der neueren politischen Entwicklungen auf die unabdingbare Stärke abgebaut werden.

(Beifall bei der SPD.)

Die Parlamentarische Kontrollkommission wird durch einen Landtagsausschuß zur Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde ersetzt. Auch in diesem Zusammenhang, Herr Hildebrandt, können Sie einen neuen Stil feststellen, wenn Sie sich ernsthaft Mühe geben, denn anders als frühere Mehrheitsfraktionen wollen die Koalitionsfraktionen jede Fraktion, und zwar unabhängig von ihrer Stärke, beteiligen, wie schon bei der Besetzung des Landtagspräsidiums. Auch in diesen Fällen und in diesen Punkten ist eine neue Qualität des Umgangs miteinander, die wir wollen — das hat nichts mit der Vermeidung harten Streits zu tun; den wird es weiter geben —, sichtbar. Ich freue mich darüber, daß man sich darauf geeinigt hat.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Rolle und Funktion der Polizei in unserer Gesellschaft sind neu zu definieren. Die Polizei braucht ein abgesichertes Berufsbild, das sich an den obersten Wertentscheidungen der Verfassung orientiert. Das gilt auch für das innere Gefüge. Nur eine betont grundrechtsorientiert und bürgerfreundlich arbeitende Polizei — wenn man so will, eine Bürgerpolizei — kann diesem Anspruch gerecht werden. Dazu sind weitreichende Reformen erforderlich. An der Erarbeitung der Analysen zur Organisation, zum Personalbedarf und zur Aus- und Fortbildung der Polizei sollen auch unabhängige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen beteiligt werden. Ziel dieser Reform ist auch, für die Frauen in der Polizei gleiche Voraussetzungen, Verwendungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen zu gewährleisten.

Die Sparbeschlüsse der CDU/FDP-Koalition werden, soweit sie die Polizei betreffen, aufgehoben.

(Vizepräsident Remmers übernimmt den Vorsitz.)

Die durch Pensionierungen entstehenden Defizite in der Personalausstattung müssen ausgeglichen werden. Zur Entlastung des polizeilichen Einzeldienstes muß eine angemessene Zahl von Angestelltenstellen geschaffen werden. Um die Beförderungsengpässe insbesondere im mittleren Dienst abzubauen, müssen die Stellenplanobergrenzen in den nächsten vier Jahren ausgeschöpft werden.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, auch dazu eine persönliche Bemerkung. Viele haben ja geglaubt:

Schröder

Was werden SPD und Grüne in diesem Bereich wohl alles anstellen? Ich habe denen immer gesagt: Schaut euch das an, wenn die Vereinbarungen fertig sind, und ihr werdet sehen, daß darin nichts von aufgesetzter Würde, aber viel von sozialer Verantwortung für schwerarbeitende Polizeibeamte sein wird,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen)

viel von sozialer Verantwortung insbesondere für diejenigen, die im mittleren und gehobenen Dienst wirklich schwere Arbeit leisten und nur mit unzureichenden Aufstiegsmöglichkeiten versehen sind; für sie wird eine Menge getan werden. — Wie Sie sehen: Es ist so gekommen.

Im Bereich der Verbrechensbekämpfung sind polizeiliche Aktivitäten verstärkt auf die Eindämmung der organisierten Kriminalität, insbesondere des organisierten Drogenhandels, sowie der Umweltstraftaten, der Wirtschaftsdelikte und der Gewaltdelikte zu richten.

Das Niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung muß novelliert werden, um die gebotenen Rechtsgrundlagen für die polizeiliche Informationsverarbeitung zu schaffen. Die Arbeit der Polizei muß grundsätzlich offen und transparent sein. Die heimliche Datenerhebung muß eindeutig gesetzlich geregelte Ausnahme bleiben.

Die Todesschußregelung wird gestrichen. Polizeibeamte dürfen nicht zum Schußwaffengebrauch mit mutmaßlich tödlicher Wirkung verpflichtet werden.

In Niedersachsen wird es kein CN/CS/-Gas in Wasserwerfern geben. Reizstoffe sollen nicht gegen Menschenansammlungen eingesetzt werden.

Zur Überprüfung der Reformbedürftigkeit des niedersächsischen kommunalen Verfassungsrechts soll eine Enquete-Kommission eingesetzt werden. Überprüft werden soll insbesondere das niedersächsische Modell der Verwaltungsführung. Des weiteren soll nach verbesserten Wirkungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Mandatsträger und nach Möglichkeit für eine verstärkte Bürgerbeteiligung gesucht werden.

Für die Region Braunschweig soll ein Großraumverband mit den Aufgaben „Öffentlicher Personennahverkehr und Regionalplanung“ gebildet werden.

(Beifall bei der SPD.)

Dem Landtag wird baldmöglichst ein Gesetzentwurf zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer vorliegen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen.)

In dem Gesetzgebungsverfahren sollen die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt werden.

(Küpker [FDP]: Das geht wohl nicht anders! — Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

— Herr Hildebrandt, ich würde damit sensibler umgehen. Denn sich darauf zu verlassen, daß die so entscheiden, wie in den einstweiligen Anordnungen sichtbar geworden ist, ist erstens risikoreich und zweitens politisch falsch. Wir sollten durch einen Beitrag in der gesellschaftlichen Diskussion dafür sorgen, daß die Möglichkeiten, Integration von Ausländern wirklich zu schaffen, erleichtert und nicht erschwert werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Herr Hildebrandt, ich will Ihnen sagen: Wenn es eine Äußerungsmöglichkeit für den Niedersächsischen Ministerpräsidenten beim Bundesverfassungsgericht in dem jetzt laufenden Verfahren gäbe — man muß das überprüfen —, würde ich gern nach Karlsruhe gehen und die Richter bitten, eine Entscheidung zu treffen, die der Europäisierung Deutschlands gerecht wird und die uns die Möglichkeit gibt, durch Zuerkennung wenigstens des kommunalen Wahlrechts einen gewaltigen Integrationsschritt zu tun. Das sollte unsere Aufgabe sein.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In keinem der Bereiche, in denen wir mit gerichtlichen Auseinandersetzungen rechnen müssen, wollen wir negative Entscheidungen gegen uns. In jedem dieser Bereiche wollen wir uns so verhalten, daß unsere Handlungsmöglichkeiten nicht begrenzt, sondern erweitert werden. Das sollte im übrigen unser aller Ziel sein. Denn wir sind ja nicht gewählt worden, damit die Politik von den Gerichten gemacht wird, sondern wir sind gewählt worden, damit die Politik von uns gemacht wird.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen und Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Raumordnung und Landesplanung müssen wieder in die Lage versetzt werden, eine vorsorgende, integrierende räumliche Gesamtplanung zu erstellen und durchzusetzen, die den Schutz der Umwelt gebührend berücksichtigt und die bewirkt, daß das Land seine Potentiale in einem sich wandelnden Europa auch ausschöpfen kann. Die Landesplanungsbehörden sollen organisatorisch und personell so gestärkt werden, daß nach Möglichkeit eine Verlängerung der Gesamtverfahrens-

dauer von Raumordnungs- und Zulassungsverfahren durch die Umweltverträglichkeitsprüfung vermieden wird.

Die gemeinsamen Landesplanungen mit Bremen und Hamburg müssen wiederbelebt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Aufgrund der guten Erfahrungen, die wir in früheren Zeiten gewinnen konnten, als die gemeinsamen Landesplanungen mit Bremen und Hamburg noch voll wirksam waren, wollen wir nach ihrem Vorbild ein raumplanerisches Zusammenwirken mit den angrenzenden Ländern der DDR gestalten. Ein Landesplanungsfonds, aus dem Maßnahmen zur Erleichterung des Zusammenwachsens auf beiden Seiten der früheren innerdeutschen Grenze gefördert werden, ist dafür zu schaffen.

Das Personalvertretungsrecht soll novelliert werden. Unter anderem ist den Personalräten ein eindeutiges Mitbestimmungsrecht bei der Einführung, bei der Anwendung und bei wesentlichen Änderungen von Maßnahmen zur automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten der Beschäftigten zu sichern.

Die Regelanfrage ist abgeschafft.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das Kabinett hat gestern den Radikalenerlaß aufgehoben. Die Opfer dessen, was man zu Recht Berufsverbote genannt hat, werden in dem Rahmen, der uns rechtlich möglich ist, rehabilitiert.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Zuruf von Jahn [CDU].)

— Herr Jahn, das ist ein interessanter Punkt, zu dem ich gerne noch einen Satz mehr sage, auch wenn mir die Zeit wegläuft. Wenn Sie auch nur eine Ahnung davon hätten, wie sehr durch diesen unseligen Radikalenerlaß die Bereitschaft von jungen Menschen zum Engagement in einer demokratischen Gesellschaft, zur Mitwirkung eingeengt ist, wenn Sie nur eine Spur von Sensibilität dafür hätten, dann wüßten Sie, wie wichtig dieser erste Schritt der Landesregierung gewesen ist!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Machen Sie weiter so mit dem unsensiblen Umgang mit kritischen Minderheiten! Wenn ich mir die Wahlergebnisse anschau, dann ist dies Ihr Problem und nicht das der Koalition.

Die Niedersächsische Landesregierung wird ihre Verantwortung im Bundesrat durch aktive Betei-

ligung an der Gesetzesarbeit wahrnehmen. Sie wird namentlich auch durch eigene Initiativen, die von den Fachressorts vorbereitet werden, die Interessen des Landes Niedersachsen im Bundesrat wahrnehmen und so das föderative Element der Verfassung stärken.

Neben den fortzusetzenden und im besonderen durch ein eigenes Büro in Brüssel zu verstärkten Aktivitäten des Landes Niedersachsen in Richtung Westeuropa wird künftig gleichwertig die Zusammenarbeit mit den Völkern und Staaten Osteuropas ausgebaut werden. Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Osteuropa ist wichtige Bedingung für eine Europäische Friedensordnung, basierend auf der Aussöhnung der Menschen, namentlich mit den Völkern Osteuropas. Diese Aussöhnung wird die Landesregierung nach Kräften fördern.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In diesem Zusammenhang will ich noch eines sagen. Ich denke, ich bin mit Minister Trittin völlig einig: Die Vertretung des Landes Niedersachsen in Bonn ist die Vertretung des Landes und nicht, wie das in früheren Zeiten war, die der Regierung. Sie sind eingeladen; denn Sie gehören als Opposition gleichberechtigt zur Vertretung des Landes Niedersachsen dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Gansäuer [CDU]: Das ist aber gnädig, Herr Ministerpräsident!)

Lassen Sie mich hinzufügen, meine Damen und Herren: Ich habe mir einmal angesehen, was da neu gebaut wird. Diese Einladung haben Sie auch verdient!

(Heiterkeit bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Niedersächsische Landesregierung vertritt eine Politik des gleichberechtigten Miteinander der Menschen aller Nationalitäten. Ausländerinnen und Ausländer müssen unter Wahrung ihrer kulturellen Eigenart ohne Diskriminierung und Ausgrenzung — mit gleichberechtigtem Zugang zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Leistungen — mit uns zusammenleben können.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Die Landesregierung wird deshalb die Stellung der Ausländerbeauftragten durch eine den Aufgaben angemessene personelle und sachliche Ausstattung stärken. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wird die Landesregierung auch auf eine Erleichterung der Einbürgerung hinwirken. Sie wird alle rechtlichen und politischen Schritte unternehmen, um das im Bundesrat verabschiedete Gesetz

Schröder

zur Neuregelung des Ausländerrechts wieder zu verändern.

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung von Frau Dr. Dücker [Grüne].)

Im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten wird sie den aufenthaltsrechtlichen Status von Flüchtlingen verbessern.

Die Niedersächsische Landesregierung fordert getrennte Volksentscheide in der Bundesrepublik und in der DDR über die Verfassung des künftigen gesamtdeutschen Staates als Voraussetzung für die Einheit.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie unterstützt die Wiederherstellung föderativer Strukturen in der DDR und tritt für eine Kompetenzstärkung von Ländern und Kommunen hier wie dort ein. Die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ist unabdingbare Voraussetzung der künftigen deutschen Einheit.

Auch in diesem Zusammenhang möchte ich eine Bemerkung einfügen, die nicht im ausgedruckten Text der Regierungserklärung steht. Meine Damen und Herren, wer in den Landtagen oder im Bundestag unserem Volk aus wahltaktischen Gründen zu vermitteln versucht, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sei für ihn eine von den Alliierten abgepreßte Forderung, der geht einen gefährlichen Weg.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Diese Landesregierung hat der entsprechenden Entschließung im Bundesrat nicht deswegen zugestimmt, weil wir uns unter Druck gesetzt gefühlt hätten; nein, wir haben ihr zugestimmt, weil das unsere Überzeugung war, und jeglicher Legendenbildung werden wir entgegentreten.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Erfassungsstelle in Salzgitter soll nach Vorstellung der Landesregierung aufgelöst und in ein Archiv umgewandelt werden,

(Hirche [FDP] lacht)

— Was wollen Sie sonst damit machen? Können Sie mir das einmal sagen?

(Hirche [FDP]: Ich denke nur an Ihre Stellungnahme vom letzten Jahr!)

— Für die Auflösung war ich immer, wenn auch aus anderen Gründen!

(Heiterkeit bei der SPD)

— — — und in ein Archiv umgewandelt werden, das für wissenschaftliche Auswertung und förmli-

che, konkrete Rechtshilfeersuchen zur Verfügung steht. Denn eines können wir alle nicht wollen: daß die dort gesammelten Unterlagen auf anderen als auf rechtsförmigen Wegen an die Öffentlichkeit kommen.

(Beifall bei der SPD.)

Niedersachsen fühlt sich in besonderem Maße dem unmittelbar angrenzenden ehemaligen und — wie ich denke — auch künftigen Land Sachsen-Anhalt verbunden. Die Landesregierung wird im Rahmen des Ausbaus der Regionalpartnerschaft die laufenden Projekte nach Überprüfung in einem Aktionsprogramm zusammenfassen und auf den Gebieten Jugend, Bildung und Umweltschutz ausweiten.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, in der Finanzpolitik ist, wie immer am Beginn, ein Kassensturz notwendig. Die Landesregierung wird den Haushaltsentwurf für 1991 und die mittelfristige Finanzplanung bis 1994 in Einnahmen und Ausgaben nach den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit völlig ungeschönt vorlegen. Dabei wird sie die bisherigen Prioritäten auf ihre Notwendigkeit und ihren finanziellen Umfang hin natürlich neu bewerten. Die von der abgelösten Regierung eingegangenen Verpflichtungen und die in den Nebenhaushalten versteckten Verschuldungen werden ermittelt und schonungslos offengelegt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Es ist klar, daß bei diesem Vorhaben die gesamte Mittelfristige Planung, und zwar schon für das Jahr 1991, auf dem eben gekennzeichneten Prüfstand steht. Alle Möglichkeiten zu Einsparungen und Umschichtungen werden wir nutzen müssen, und wir werden sie nutzen. Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien sind sich darin einig, die Finanzpolitik des Landes auf einer soliden Basis zu betreiben und Vorhaben nur im Rahmen des finanziell Vertretbaren durchzuführen. Der Verschuldung, meine Damen und Herren, sind enge Grenzen zu setzen.

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung von Küpker [FDP].)

Eine Neuverschuldung von 10 Milliarden DM innerhalb einer Legislaturperiode, wie wir sie in den letzten vier Jahren unter Ihrer Verantwortung hatten, darf sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Daran können Sie uns selbstverständlich messen.

(Küpker [FDP]: Die Meßlatte ist die Mipla!
— Gegenruf von Bruns (Emden) [SPD]:
Jetzt machst du dich lächerlich!)

— Über diese Frage werden wir noch zu streiten haben. Wenn Sie Luftrechnungen anstellen und Milchmädchenrechnungen vorlegen, werden Sie nicht ernsthaft glauben, Herr Küpker, daß Ihnen jemand auf dieser Seite des Hauses oder in der Öffentlichkeit diese Art von Rechnungen abnimmt. Lassen Sie uns doch bei den Fakten bleiben.

(Küpker [FDP]: Damit wären wir sehr einverstanden! — Hildebrandt [FDP]: Überlassen Sie es doch der Öffentlichkeit!)

Fakt ist: Die letzte Landesregierung hat in der Legislaturperiode, für die sie verantwortlich war, rund zehn Milliarden DM Schulden gemacht.

(Bruns (Emden) [SPD]: Mehr als zehn Milliarden DM!)

— Darum habe ich gesagt „rund“, Herr Bruns.
— Wir sagen: Das war unvertretbar, und das wird sich nicht wiederholen. Vor diesem Hintergrund sollten Sie sowohl die Haushaltspläne als auch die Finanzplanung bewerten. Wir können dann ja darüber diskutieren.

Die abgewählte Landesregierung hat darüber hinaus einen Schuldenberg von mehr als 40 Milliarden DM hinterlassen. Für diese Erblast müssen im Jahr 2,8 Milliarden DM nur an Zinsen bezahlt werden. Dies ist mehr, als dieses Land für Wissenschaft ausgeben kann. Niedersachsen als strukturell finanzschwaches Land hat an diesen hohen Zinsbelastungen schwer zu tragen. Auch aus der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung heraus kann die Verschuldungspolitik der abgelösten Landesregierung in dem Umfang jedenfalls nicht fortgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die neue Landesregierung hält es nur für vertretbar, Kredite in Höhe der Investitionen aufzunehmen. Hierbei wird sich die Landesregierung an dem Begriff der eigenfinanzierten Investitionen orientieren.

Meine Damen und Herren! Diese Ziele sind nur erreichbar, wenn neben äußerster Ausgabendisziplin die Einnahmequellen des Landes gesichert werden. Hierzu gehört insbesondere der bundesstaatliche Finanzausgleich, der angesichts des Finanzbedarfs für die DDR nicht auf der Strecke bleiben darf.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das, meine Damen und Herren, gilt auch für das Strukturhilfegesetz.

(Hirche [FDP]: Das Sie nicht wollten!)

— Sicherlich wollten wir das in der beschlossenen Form nicht, weil versprochen worden war, man werde in Bonn durch Gesetz die Hälfte des Anteils an den Sozialhilfekosten bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Daß das besser gewesen wäre, kann wohl niemand bezweifeln, Herrn Hirche.

(Küpker [FDP]: Das war genau unser Antrag!)

Deshalb ist es in diesem Fall so, wie es immer ist: Das Bessere ist des Guten Feind. Das Strukturhilfegesetz ist nicht das Bessere. Es ist doch kein Vorwurf, wenn wir die vernünftige Lösung gefordert und für richtig gehalten haben.

Ich sage sehr deutlich: Die Finanzierung der DDR-Hilfe kann nicht einseitig zu Lasten der finanzschwachen Bundesländer gehen. Ich hoffe, wir kämpfen Seite an Seite, was die Sicherung der Ressourcen des Landes und die Verteidigung gegen neue Belastungen angeht. Ich bin mir noch nicht ganz sicher, ob mit dem, was der Bundesregierung als Beteiligung der Länder an der kreditfinanzierten DDR-Hilfe zugestanden worden ist, bereits das Ende des Tunnels erreicht ist. Ich bin insoweit nicht ganz sicher. Deswegen setze ich sehr darauf, daß wir gemeinsam verhindern, daß die Ressourcen des Landes, mit welcher Begründung auch immer, weiter geschmälert werden. Ich werde Sie daran erinnern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Würden wir nämlich diese Hilfe zu Lasten der finanzschwachen Länder finanzieren, dann würde hierdurch der Strukturvorteil der finanzstärkeren Bundesländer in der Bundesrepublik auf Dauer zementiert. Bei weitem nicht berücksichtigt sind die überproportionalen Belastungen des Landes und seiner Gemeinden aus dem Bundessozialhilfegesetz. Ich füge hinzu: Angesichts der ökonomischen Verwerfungen, über deren Ausmaß man mit guten Gründen unterschiedlicher Auffassung sein kann, die aber sicher kommen werden, ist gegenwärtig nicht abschätzbar, was auf diesem Gebiet noch auf uns zukommen wird. Deswegen glaube ich, daß wir miteinander einig werden können, daß hierin erhebliche Risiken liegen, die zumindest benannt werden müssen. Wir werden uns gemeinsam bemühen müssen, sie nicht eintreten zu lassen.

Schröder

Niedersachsen wird, um die finanziellen Ressourcen nicht weiter zu schmälern, Steuerreformen wie der angekündigten mit Entlastungen für Unternehmen, die zu Steuerausfällen in Größenordnungen zwischen 20 Milliarden und 30 Milliarden DM führen, nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Abgesehen von der Verschärfung der Steuerrechtlichkeit würde dies zu einem weiteren Verlust an Gestaltungsmöglichkeiten bei uns für eine zukunftsorientierte Politik führen.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, es ist deutlich geworden, daß die Fortschreibung des Bestehenden für uns alle keine Zukunft mehr gibt. Wo dies der Fall ist, stehen wir alle miteinander unter Reformzwang. Nach 14 Jahren CDU-Herrschaft in diesem Lande, gelegentlich ergänzt, gilt dieser Reformzwang für nahezu alle Politikbereiche. Natürlich findet Zukunft ohnehin statt. Aber Fortschritt — so wollen und so müssen wir angesichts der großen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, Zukunft verstehen — ist ohne die tätige Mitarbeit der Menschen in unserem Land nicht zu haben. Wir bauen darauf, auch weil wir darauf bauen müssen. Basis unserer Arbeit sind eine nüchterne Analyse und Bestandsaufnahme des Zustandes unseres Landes sowie die Gewißheit, daß die Wählerinnen und Wähler für Niedersachsen am 13. Mai eine neue Politik verlangt haben, eine Reformpolitik, die wir in der vor uns liegenden Legislaturperiode auch in politische Wirklichkeit umsetzen werden. Auf die Festigkeit dieser Regierung und der sie tragenden Koalition, meine Damen und Herren, kann sich jeder getrost verlassen. Auch auf ihren Willen, das Notwendige zu tun, kann sich jeder verlassen. Niemand sollte diesen Willen unterschätzen. Aber: Wir haben es bereits bewiesen. Auch unsere politischen Gegner — Feinde haben und wollen wir auch nicht — können und sollten von unserer Toleranz ausgehen und mit unserer ehrlichen Dialogbereitschaft rechnen. Vor allem aber wissen wir, meine Damen und Herren: Ohne die Vision von einer gerechteren Gesellschaft und ohne die dafür engagierten Menschen ist unsere Reformpolitik nicht durchzusetzen. Wir, meine Damen und Herren, wollen gewiß eine Politik für die Menschen in Niedersachsen machen, aber vor allem wollen wir eine mit ihnen machen. — Ich danke Ihnen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Remmers:

Meine Damen und Herren, ich danke dem Ministerpräsidenten für die Abgabe der Regierungserklärung. — Die Aussprache über die Regierungserklärung findet morgen früh ab 9 Uhr statt.

Wir kommen nun zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses — Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen — Drs 12/13

Nach Artikel 5 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung ist die Wahlprüfung Aufgabe des Landtages. Nach § 4 des Wahlprüfungsgesetzes werden die Entscheidungen des Landtages durch den Wahlprüfungsausschuß vorbereitet. Der Wahlprüfungsausschuß besteht aus sieben Mitgliedern und sieben Stellvertretern. Der Wahlprüfungsausschuß wird vom Landtag aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Ihnen liegt der Wahlvorschlag in der Drucksache 13 vor.

Wir kommen zur Beratung. Gibt es dazu Wortmeldungen? — Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zu Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen in der Drucksache 13 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich darf um die Gegenprobe bitten. — Enthaltungen? — Der Wahlvorschlag ist damit, wenn ich das richtig gesehen habe, einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Parlamentarische Kontrollkommission — a) Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/10 — b) Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU, der FDP und der Grünen — Drs 12/17

Ich eröffne die Beratung. Mir liegt eine Wortmeldung des Kollegen Waike vor.

Waike (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu diesem Tagesordnungspunkt für meine Fraktion deshalb zu Wort gemeldet, weil wir der Auffassung sind, daß einige ganz kurze Anmerkungen zu diesem Punkt noch

zu machen sind; ganz kurz insbesondere deshalb, weil der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ja schon einiges gesagt hat, was diesen Tagesordnungspunkt betrifft.

Ich will in Erinnerung rufen, daß die Fraktionen der CDU und der FDP es in der vergangenen Wahlperiode für richtig gehalten haben, die drittstärkste Fraktion in diesem Hause von der Mitarbeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission auszuschließen.

(Bruns [SPD]: Schändlich!)

Wir haben dies damals schon nicht für einen guten Stil gehalten.

(Beifall bei der SPD.)

Wir waren und wir sind der Meinung, weil dies im übrigen auch unserem demokratischen Verständnis entspricht und weil wir wissen, daß es alle, die in diesem Hause sitzen, und daß jede politische Gruppierung und jede Fraktion, die es in diesem Hause gibt, nur deshalb gibt, weil es ein ganz bestimmtes Wahlergebnis gegeben hat und weil die Wählerinnen und Wähler dies gewollt haben — — Wir sind und wir waren bereit, dies zu akzeptieren, unabhängig von der Frage, ob die eine oder andere Fraktion mit unseren Ansichten übereinstimmt oder nicht, ob uns das gefällt oder nicht. Sie waren damals nicht dieser Auffassung. Es ist ganz sicher so, daß dieser Antrag der FDP-Fraktion, der Ihnen in der Drucksache 10 vorliegt, in der letzten Legislaturperiode keine Chance gehabt hätte, von der Mehrheit akzeptiert zu werden.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Frau Dr. Dücker [Grüne].)

Nun, meine Damen und Herren, ist die FDP-Fraktion unversehens in eine vergleichbare Situation geraten. Wir freuen uns natürlich darüber — der Antrag der FDP-Fraktion macht dies deutlich —, daß sich die FDP-Fraktion heute einer Argumentation anschließt, die unsere schon im Jahre 1986 gewesen ist. Wir haben, wie Sie sicherlich gut nachvollziehen können, eine ganze Weile gebraucht, um zu begreifen, warum es diesen schnellen und plötzlichen Sinneswandel gegeben hat.

(Fuchshuber [CDU]: Das kann ich nicht nachvollziehen!)

— Wir haben auch eine Weile gebraucht, aber wir können das inzwischen nachvollziehen. Weil dies so ist und weil dies unsere Auffassung schon immer gewesen ist, stimmen wir dem Antrag der FDP-Fraktion in der Drucksache 10 zu und sind auch einverstanden mit dem Wahlvorschlag, der

inzwischen verteilt worden ist und der Ihnen allen vorliegt. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Remmers:

Danke schön, Herr Waike. — Bevor ich das Wort dem nächsten Redner erteile, möchte ich — bei allem Verständnis für die Wißbegierde der Presse — darum bitten, Interviews im Plenum nicht zu veranstalten.

(Beifall.)

— Herr Kultusminister, ich darf Sie bitten, die Interviews gegebenenfalls, wenn es denn sein muß, draußen zu geben. — Danke schön.

(Bruns [SPD]: Das geht zu weit, Herr Präsident!)

Das Wort hat nun der Kollege Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, daß wir die Vergangenheit hier nicht mehr allzusehr strapazieren sollten.

(Widerspruch bei der SPD und bei den Grünen. — Unruhe. — Zurufe.)

— Vielleicht erlauben Sie mir — Sie sprechen ja die ganze Zeit von der Toleranz, die über das neue Parlament ausströme —, wenigstens meinen Satz zu Ende zu bringen. Dann können Sie ja gern noch einmal hier erscheinen.

Also: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin der Überzeugung, daß es wenig Sinn hat, die ganze Vergangenheit noch einmal aufzudröseln. Allerdings möchte auch ich noch einmal daran erinnern, Herr Waike, daß Ihre Fraktion sehr unterschiedliche Positionen zu der Frage der Besetzung des G 10-Ausschusses und der Parlamentarischen Kontrollkommission vertreten hat; es ist dazu zum Teil sehr gegensätzlich argumentiert worden. Wir brauchen das hier aber nicht mehr zu vertiefen.

(Zuruf von Bruns [SPD].)

— Ich freue mich, Herr Kollege Bruns — ich hoffe, daß Sie hier auf Dauer nicht die Manier eines Oberlehrers annehmen werden —, daß Ihre Zählgemeinschaft diese Position eingenommen hat und daß alle Fraktionen im Landtag in diesem Ausschuss vertreten sind. Dies wird leider nicht für alle Bereiche gelten. So groß ist das Maß an Toleranz und Großzügigkeit offenbar auch nicht.

Hildebrandt

Ich möchte mich schon an dieser Stelle beim Kollegen Gansäuer sehr herzlich bedanken, der uns von seiten der CDU-Fraktion einen Sitz im Ausschuß für deutsche Einheit abgetreten und dies durch persönlichen Sitzverzicht in seiner Fraktion ermöglicht hat. Insofern strömt der FDP als drittstärkster Fraktion Toleranz und Großzügigkeit von beiden Seiten des Hauses zu. Wir bedanken uns sehr herzlich.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Remmers:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 10 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse dann über den Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU, der FDP und der Grünen in der Drucksache 17 abstimmen. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Bei einer Enthaltung ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen dann zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Wahl der Mitglieder des Ausschusses nach § 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 GG (NAusfG zu G 10) vom 16.5.1969 (Nieders. GVBl. S. 117) — Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen — Drs 12/14

Das Gesetz wurde durch Gesetz vom 16. Juni 1983 geändert. Nach § 2 des genannten Gesetzes besteht der Ausschuß aus fünf vom Landtag bestimmten Abgeordneten. Der Wahlvorschlag in der Drucksache 14 stammt von den Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen. Wir kommen zur Beratung. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen in der Drucksache 14 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich? — Das ist einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Wahl der fünf niedersächsischen Mitglieder des von den Landesparlamenten zu bildenden Gremiums „Verfassungsfragen zur deutschen Einheit“ — Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen — Drs 12/18

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu diesem Tagesordnungspunkt vorab kurz folgendes anmerken: Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente haben auf ihrer Konferenz im Mai dieses Jahres beschlossen, den Landtagen die Bildung eines Gremiums vorzuschlagen, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesparlamente gemäß der Stärke der Länder im Bundesrat zusammensetzen soll. Mit diesem Gremium soll eine Beteiligung der Parlamente am deutschen Einigungsprozeß sichergestellt werden. Eine solche Beteiligung erscheint im Hinblick auf die zu treffenden Entscheidungen unerlässlich. Die anstehenden Verfassungsfragen, insbesondere die der Finanzverfassung, sowie die notwendigen Rechtsangleichungen greifen in die Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten der Landesparlamente in einem Maße ein, daß eine unmittelbare Einflußnahme der Landesparlamente auf die Gestaltung des deutschen Einigungsprozesses unverzichtbar ist.

Das zu bildende Gremium soll hierbei helfen. Es hat keine Entscheidungsbefugnis, sondern soll durch Beratung und Information den zuständigen Verfassungsorganen zur Seite stehen. Auch für den notwendigen Gedankenaustausch zu entsprechenden Organen der DDR kann das Gremium eine Gesprächsebene bieten. Dem Vorschlag der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente zur Bildung eines Gremiums „Verfassungsfragen zur deutschen Einheit“ sollte daher durch die Wahl der fünf niedersächsischen Mitglieder entsprochen werden.

Meine Damen und Herren, ich stelle dabei ausdrücklich fest, daß es die CDU-Fraktion im Rahmen ihres Vorschlagsrechts ermöglicht hat, daß auch ein Vertreter der FDP-Fraktion in das Gremium entsandt werden kann,

(Kempmann [Grüne]: Auf Intervention der Grünen; das sollten Sie auch feststellen!)

so daß alle Fraktionen vertreten sind.

Wir kommen zur Beratung. Mir liegen dazu Wortmeldungen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen — Drucksache 18 — zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zu Punkt 6:

Erste Beratung: **Abbau der militärischen Belastung in Niedersachsen** — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/11

Für die Beratung dieses Antrags stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: SPD und CDU jeweils bis zu zehn Minuten, FDP und Grüne jeweils bis zu fünf Minuten.

Zur Einbringung hat das Wort Herr Rehkopf.

Rehkopf (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat schon vor der Wahl deutlich gemacht, daß die nachhaltige Reduzierung der militärischen Belastung Niedersachsens eine zentrale Aufgabe der 12. Legislaturperiode sein wird.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben bereits in der vergangenen Legislaturperiode die Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe gefordert. Sie arbeitet bereits seit April.

Mit unserem Antrag wollen wir der neuen Landesregierung Dampf machen und dafür sorgen, daß bei der Bewältigung der im Zusammenhang mit der Abrüstung und dem Abzug von Truppen entstehenden Probleme die Mitwirkung aller Parteien, insbesondere auch der betroffenen Kommunen und Gemeinden, schnellstmöglich sichergestellt wird.

(Beifall bei der FDP.)

Der Ministerpräsident hat heute früh verdeutlicht, daß diese Fragen auch ein Anliegen der Landesregierung sind. Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende hat zu erkennen gegeben — es war heute in den Medien zu lesen —, daß seine Fraktion zentrale Forderungen unserer Entschließung unterstützt. Wir sind also guten Mutes, daß unser Antrag eine breite Unterstützung finden wird.

In Niedersachsen, meine Damen und Herren, sind rund 105 000 Bundeswehrsoldaten und 28 000 britische, niederländische und amerikanische Soldaten stationiert. Über 33 000 Zivilangestellte der Bundeswehr und rund 4 300 deutsche Zivilangestellte sind bei den Alliierten beschäftigt. Hinzu kommt die nicht unerhebliche Anzahl von ebenfalls hier lebenden Angehörigen dieser Mitarbeiter. Über 77 300 ha werden militärisch genutzt, ein Großteil von den Alliierten. Allein auf das Soltau-Lüneburg-Gebiet entfallen

35 000 ha. Davon sind 4 800 ha sogenannte „rote Flächen“. Meine Damen und Herren, diese Zahlen mußten einfach einmal erwähnt werden.

Niedersachsen lag bis vor kurzem unmittelbar an der Nahtstelle zwischen Ost und West. Die Menschen unseres Landes haben in den vergangenen 40 Jahren die Folgen der Teilung und des kalten Krieges ganz direkt gespürt. Diese Menschen hatten in den zurückliegenden Jahrzehnten einen besonderen Anteil der Verteidigungslasten der Bundesrepublik Deutschland zu tragen. Die Region Soltau-Lüneburg gehört zu den am meisten von Manövern und militärischen Übungen betroffenen Gebieten der Bundesrepublik, wenn nicht gar — ich glaube, das ist nicht falsch — in ganz Europa.

Manöver und Tiefflüge sind für die Menschen in Niedersachsen wahrlich keine angenehme Bereicherung ihres Lebens gewesen, bis heute nicht. Wir haben darüber verschiedentlich ausgiebig diskutiert.

(Kempmann [Grüne]: Das habt ihr doch vier Jahre lang gewollt!)

Noch immer sind die Menschen unseres Landes in hohem Maße durch militärische Belastungen betroffen. Uns hat gerade heute morgen ein Telefonanruf aus dem Raum Hameln erreicht, meine Damen und Herren. In Copenbrügge gibt es ein Spezialkrankenhaus für Hirngeschädigte mit 250 Patienten. Ich möchte nur einmal drei Termine nennen: Montag, den 18. Juni, 11.15 Uhr — Tiefflug; Dienstag, den 19. Juni, 11.15 Uhr — Tiefflug; Freitag, den 22. Juni, 12 Uhr — Tiefflug.

(Kempmann [Grüne]: Darauf hättet ihr schon vor vier Jahren kommen können!)

Meine Damen und Herren, ohne Rücksicht auch auf eine solche Klinik findet der Tiefflug dort nach wie vor statt. Wir wissen, daß das schon lange geht. Wir haben das immer diskutiert und auch kritisiert. Ich wollte, um der ganzen Angelegenheit Nachdruck zu verleihen, diese Daten einmal nennen. Man kann das, auf alle anderen Regionen Niedersachsens bezogen, fortsetzen. Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, daß, wie dieses Beispiel der Klinik für Hirngeschädigte zeigt, bis heute keine Sensibilität vorhanden ist.

(Kempmann [Grüne]: Bei Ihnen nicht! Sie hätten sich schon vor vier Jahren dafür verwenden können!)

Dadurch wird die Akzeptanz und Toleranz gegenüber dem Militär, insbesondere auch vor dem Hintergrund der veränderten politischen Situa-

Rehkopf

tion, abnehmen. Gerade die politische Situation erfordert ein Umdenken bei uns und bei den Alliierten.

(Beifall bei der FDP.)

Daher halten wir es für erforderlich, daß nunmehr konkrete und realistische Abrüstungsschritte auch in Niedersachsen eingeleitet werden.

(Zuruf von den Grünen.)

Unsere Aufgabe muß es sein, verehrte Kollegin, die Veränderungen planerisch und demokratisch zu begleiten.

(Beifall bei der FDP.)

Dies erfordert ein Mitspracherecht der Länder und der Gemeinden. Dies ist sowohl aus ökologischen und raumordnerischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen geboten.

(Glocke des Präsidenten.)

— Herr Präsident, ich nehme die Redezeit der FDP-Fraktion mit in Anspruch. — Sämtliche Militärstandorte müssen auf ihre zukünftige Nutzung hin überprüft werden. Wenn dabei Schließungsergebnisse herauskommen, darf der Phantasie keine Grenze gesetzt werden, meine Damen und Herren! Wir müssen uns darüber unterhalten, was passiert, ob es Gewerbeflächen gibt, ob es Technologieparks gibt, ob es Flächen für Naturschutzgebiete gibt oder vielleicht sogar zivile Flughäfen.

Daß wir von den Streitkräften die Liegenschaften altlastenfrei überlassen haben wollen, versteht sich von selbst.

(Beifall bei der FDP.)

Das ist ein wichtiger Punkt, der erwähnt werden sollte. Das Überplanen der jetzigen militärischen Standorte sowie die Erschließung angrenzender Liegenschaften erfordert die Koordination von Bund, Land und Kommunen.

Die in dem Antrag genannten Forderungen ließen sich sicherlich noch weiter fortsetzen. Wir haben im Detail eine Reihe von konkreten Vorschlägen für eine möglichst frühzeitige wirtschaftliche und soziale Flankierung der Abbaupläne. Das reicht von der Umwidmung von GA-Mitteln über die Nutzung des EG-Strukturfonds, Umschulungspläne für betroffene Militär- und Zivilbeschäftigte bis hin zu Strukturhilfeplänen in den betroffenen Regionen. Aufgabe der Politik ist es, klare, realistische Vorgaben zu machen, die administrativ umsetzbar sind.

(Beifall bei der FDP.)

Ein wesentliches Ziel der Politik muß die Überprüfung der Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens sein.

(Beifall bei der FDP.)

Die Überprüfung muß wenigstens folgende Veränderungen bewirken: Die Überlassung der roten Flächen zur ständigen Nutzung muß aufgehoben werden. Alle militärischen Übungen im Naturschutzgebiet sind zu verbieten. Die verwüsteten Flächen sind zu renaturieren. Ferner sind jegliche Sonderrechte für Übungen außerhalb der roten Flächen zu streichen. Mittelfristig sind die Kündigung und der Abzug der militärischen Kräfte anzustreben. Wir wollen darüber hinaus mit diesem Antrag aber auch den Stopp aller Um- und Ausbaumaßnahmen sowie Modernisierungsmaßnahmen erreichen. Dies erfordert eine genaue Feststellung der militärischen Belastung in Niedersachsen. Das müssen wir einschließlich der Ausbaupläne ermitteln. Präzise Daten sind aber auch erforderlich, damit Planungssicherheit sowohl für die Landesbehörden als insbesondere auch für die Kreise und Kommunen gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren, die grundlegenden Veränderungen in Mitteleuropa und in Osteuropa und der sich bildende europäische Binnenmarkt werden mit Sicherheit positive Auswirkungen beachtlichen Umfangs auf den nord- und mitteldeutschen Raum entfalten. Daher ist es unsere Aufgabe, diese Chancen wirkungsvoll für Niedersachsen zu nutzen. Das kann die Landespolitik nur tun, wenn Konzepte vorgelegt werden, die sowohl der Bundesregierung als auch den Alliierten deutlich machen, welche Folgen der Entspannung wir uns für unser Land wünschen.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Die FDP-Fraktion erwartet, daß die Niedersächsische Landesregierung und insbesondere der Innenminister und der Wirtschaftsminister entsprechende Pläne und Maßnahmen vorbereiten, die den Abzug auch sozialverträglich gestalten.

(Beifall bei der FDP.)

Ich muß daran erinnern, daß nicht in Niedersachsen über die Abrüstung entschieden wird. Das wissen wir wohl alle. Auch Bonn ist nicht in der Lage, allein über die Abrüstung zu entscheiden. Dazu bedarf es vielmehr der NATO. Aber Aufgabe niedersächsischer Politik ist es, unsere Interessen einzubringen und nachdrücklich zu vertreten. Unser Anliegen ist es, daß nach einem erfolgreichen Abschluß der Wiener Abrüstungsverhand-

lungen die Streitkräfte aus jenen Regionen abgezogen werden, in denen sie erhebliche ökologische Schäden verursachen und für die zivile Entwicklung einen Nachteil bedeuten. Wo durch den Abzug wirtschaftspolitische, arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Nachteile zu befürchten sind, müssen Ausgleichsmaßnahmen erfolgen — das auch an die Adresse des Herrn Wirtschaftsministers.

(Zustimmung bei der FDP.)

Unser Antrag, den wir hier vorgelegt haben, verdeutlicht die Forderungen und Vorstellungen.

(Kempmann [Grüne]: Vier Jahre zu spät!)

Wir erwarten von der Landesregierung das nötige Verhandlungsgeschick, die von uns in der vergangenen Legislaturperiode eingeleitete Politik des Abbaus militärischer Belastungen weiterzuvollziehen.

Herr Kempmann, wenn Sie „vier Jahre zu spät“ sagen, ist das falsch. Wir haben vier Jahre darüber gesprochen. Wir wußten aber auch und wissen heute noch,

(Bruns [SPD]: Daß ihr keine Mehrheit hattet!)

wo die Grenzen dieser Landesregierung liegen. Da will ich fairer sein als die ehemalige Opposition. Die Grenzen habe ich eben noch einmal kurz aufgezeigt. Zudem gibt es einen ganz neuen Aspekt, verehrter Herr Kempmann: Bis zum 9. November gab es nicht die Entwicklung in Europa, die wir heute kennen, die alles das, was wir hier und heute diskutieren, mit ganz anderen Chancen ausstattet, als es noch vor einem Jahr war. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Remmers:

Danke schön, Herr Rehkopf. — Das Wort hat die Kollegin Hoops.

Frau Hoops (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Jahren schon fordern die Grünen eine Verringerung der militärischen Belastung Niedersachsens.

(Bruns [SPD]: Das stimmt!)

In mehreren Anträgen — etwa zum generellen Verzicht auf Tiefflüge, zur Überprüfung und Kündigung des Soltau-Lüneburg-Abkommens oder zur sofortigen Schließung des Luft-Boden-Übungsplatzes Nordhorn-Range — haben wir hier im Landtag in der Vergangenheit ver-

sucht, Mehrheiten für diese Position zu finden, allerdings leider vergeblich.

(Kempmann [Grüne]: Schlimm genug!)

Insofern können wir es nur begrüßen, wenn die FDP in ihrem Entschließungsantrag nunmehr grüne Positionen abschreibt.

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung bei der SPD.)

Allerdings schreibt sie mangelhaft ab. Denn es fehlt der generelle Verzicht auf Tiefflüge. Es fehlt auch der Manöverstopp. Es fehlen auch die längst überfälligen Veränderungen in den einschlägigen Landes- und Bundesgesetzen zur Abschaffung von militärischen Privilegien.

(Beifall bei den Grünen. — Küpker [FDP]: Gesteht Sie uns zu, daß wir unseren eigenen Antrag formuliert haben?)

Daß das friedenspolitische Engagement der Liberalen in unseren Augen unglaubwürdig ist, ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie nach kaum drei Tagen in der Opposition einen Forderungskatalog einbringen, für dessen Umsetzung sie während ihrer Regierungsbeteiligung ausreichend Zeit gehabt hätten.

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung bei der SPD.)

Statt dessen haben CDU und FDP — und zwar auch nach dem Fall der Mauer — einer immer noch weiter fortschreitenden Militarisierung Niedersachsens ihre Zustimmung gegeben.

(Zustimmung bei den Grünen. — Küpker [FDP]: Wo haben Sie das denn her?)

Die positive Stellungnahme der Landesregierung im Anhörungsverfahren zur Erweiterung des Militärflugplatzes bei Wittmundhafen sei hier nur beispielhaft genannt.

Von einer sachgerechten Abwägung ziviler und militärischer Belange in Niedersachsen konnte in den letzten Jahren überhaupt nicht die Rede sein. Vielmehr war man eifertig bemüht, den Bonner Aufrüstungsplänen Vorschub zu leisten, und zwar zu Lasten der betroffenen Bevölkerung an den einzelnen Standorten.

(Beifall bei den Grünen.)

Nun zu der Begründung Ihres Antrages, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP: Von Erfolgen der Bundesregierung bei der Abrüstung ist mir nichts bekannt.

(Herbst [CDU]: Augen auf, Ohren auf! — Zuruf von Hirche [FDP].)

Frau Hoops

Vielmehr ist es doch diese Bundesregierung, die trotz des Zerfalls des Ostblocks den Entwurf eines Rüstungshaushalts präsentiert, der dem Rekordetat des vergangenen Jahres kaum nachsteht. Genau das, Herr Rehkopf, müßte doch, wenn Sie ehrlich wären, in der Antragsbegründung stehen, wenn dieser Antrag mehr sein sollte als ein durchsichtiges taktisches Manöver.

(Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Geben Sie doch zu, daß Sie am Widerstand der betroffenen Bevölkerung überhaupt nicht mehr vorbeikommen. Seit Jahren kämpfen die Bürgerinitiativen gegen die gravierenden militärischen Belastungen von Mensch und Natur, gegen Lärmterror, gegen Umweltzerstörung durch das Militär, gegen die Zerstörung von Wohn- und Lebensqualität, gegen Kriegsvorbereitung und gegen die Illusion einer militärischen Sicherheit.

(Beifall bei den Grünen.)

Was den zweiten Teil Ihres Antrags angeht, so hat die neue rot-grüne Landesregierung der bestehenden interministeriellen Arbeitsgruppe einen sehr konkreten Auftrag erteilt, mit dem wir uns in Niedersachsen auf die wirtschaftlichen Folgen eventueller Truppenreduzierungen vorbereiten. Ich will das hier nicht im einzelnen referieren; aber die von der FDP erhobenen Forderungen tauchen ausnahmslos bereits im von den Liberalen doch so heftig kritisierten rot-grünen Koalitionsvertrag auf.

(Beifall bei den Grünen. — Hirche [FDP]: Sie haben das alles abgeschrieben!)

Daß die FDP nun auf einmal, zum Teil wortgleich, rot-grüne Positionen formuliert, stellt mich vor die Frage: Freue ich mich über diese Lernfähigkeit, oder brauchen wir schleunigst ein Urheberrecht für unseren Koalitionsvertrag, bevor Sie, Herr Rehkopf, von der Landesregierung als nächstes lautstark den Ausstieg aus der Atomenergie fordern. Aber bitte! Meinetwegen! — Danke.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Remmers:

Das Wort hat der Kollege Isernhagen.

Isernhagen (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Hoops, ich denke, es ist nicht so entscheidend, ob Sie sich über diesen Vorstoß freuen oder ob Sie sich nicht darüber freuen.

(Bruns [SPD]: Wir freuen uns, daß sie sich freut!)

— Herr Kollege Bruns, ich habe natürlich nichts dagegen, daß Frau Hoops Anlaß zur Freude hat. Selbstverständlich nicht. Nur, ich denke, das ist im Zusammenhang mit diesem Antrag nicht das Entscheidende.

(Bruns [SPD]: Warum reden Sie dann darüber?)

Um dies dann auch gleich zu sagen und um die Positionen abzuklären: Frau Hoops, wenn Sie gemeint haben, hier müßten nun auch gleich Manöverstopp, der Militärflugplatz bei Wittmund und anderes auftauchen, so will ich Ihnen sagen: Unserem gemeinsamen Anliegen wäre es sicherlich nicht förderlich, alle diese Dinge, die teilweise nicht miteinander zu vergleichen sind, in einen Topf zu werfen. Wenn Sie dies alles mit beantragen wollten, dann müßten Sie — und nicht nur Sie, sondern auch die Koalition — die grundsätzliche Frage beantworten, ob Sie denn NATO und Bundeswehr überhaupt noch wollen.

(Zustimmung von Herbst [CDU].)

Soweit dazu, um hier auch gleich darzulegen, wo Trennungslinien vorhanden sind.

Völlig abgesehen davon stellen wir — insofern teilen wir die Freude — miteinander fest, daß der Zug der europäischen Friedensordnung nun auch an Fahrt gewinnt und daß die Prellböcke — nicht nur im Osten und nicht nur im Westen, sondern auf beiden Seiten — abgebaut werden. Machen wir uns nichts vor: Es gibt noch reichlich davon. Ich will dies auch nicht auf eine Seite beschränken. Der Kollege Rehkopf hat die im Vergleich zum vergangenen Jahr veränderte Situation hier dargelegt. In dieser Situation ist es völlig klar, daß die Rüstung zurückgenommen werden kann und auch zurückgenommen werden muß. Ich meine, diese Entwicklung bezeichnet auch die Richtigkeit der Position, die von der CDU immer eingenommen worden ist, daß nämlich die Friedenssicherung nur über ein möglichst hohes Maß an Gleichgewicht zu erreichen ist und daß auch Abrüstung nur zu erreichen ist und nur von uns gewollt sein kann, wenn sie in gleichgewichtigen Schritten erfolgt. Diesbezüglich, Herr Kollege Rehkopf, enthält natürlich auch der Antrag, der von der FDP eingebracht worden ist, noch einige Probleme.

(Rehkopf [FDP]: Okay!)

Sie wissen, daß vieles von dem, was in Ihrem Antrag steht, auch in Wien noch Verhandlungsmasse ist.

(Rehkopf [FDP]: Das habe ich aber auch gesagt!)

Insofern dürfen wir sicherlich nicht davon ausgehen, daß zum nächsten Ersten alles erreichbar ist.

Was ich hier für die CDU besonders unterstreichen möchte, ist, daß wir aufgrund der strategischen Lage unseres Landes bisher ja einen überproportionalen Anteil der Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik getragen haben und Niedersachsen deshalb bei dieser veränderten politischen Lage natürlich auch im Zuge der Abrüstung und im Zuge der Wegnahme von Standorten, von Übungsplätzen, von Übungsräumen usw. entsprechend überproportional bedacht werden muß. Ich bin ganz sicher, wenn man sich z. B. nordrhein-westfälische Bestrebungen ansieht, daß wir in diesem Bereich auch unter den Ländern in ein ziemlich heftiges Gerangel geraten werden.

Nun aber zu ein paar konkreten Punkten dieses Antrages. Das Soltau-Lüneburg-Abkommen ist — das ist hier auch deutlich geworden — mit Sicherheit der Kernpunkt. Auch in der Entschließung von 1988, die der Landtag damals mit Mehrheit angenommen hat, ist deutlich geworden, daß wir auf die Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Übungsraums setzen.

(Möhrmann [SPD]: In welchem Zeitraum?)

Insofern müssen wir uns auch noch einmal über die Formulierung unterhalten. In dem Antrag steht: „mit dem Ziel der Kündigung“. Unser Ziel ist die Aufhebung. An dieser Stelle, Herr Kollege Rehkopf, unterscheiden wir uns möglicherweise etwas. Wir setzen nicht auf eine Veränderung, wir setzen auf die Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens. Das ist bereits 1988 als Ziel formuliert worden.

(Möhrmann [SPD]: In welcher Zeit?)

— Die SPD, Herr Kollege Möhrmann, hat damals immer von zehn Jahren gesprochen. Auf diesen langen Zeitraum haben wir uns nie einlassen wollen.

(Lachen bei der SPD.)

Wir freuen uns, daß die SPD inzwischen bereit ist, sich auch auf kürzere Zeiträume einzulassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wir können innerhalb dieser wenigen Minuten nicht alles an Argumenten bringen. Aber wenn wir uns fragen, welcher Weg wohl am ehesten erfolgreich zu diesem Ziel führen könnte, sollten wir uns noch einmal das Gutachten unseres Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes vom Fe-

bruar 1988 — damals von Ihrem Kollegen Schörs-
husen beantragt — herausuchen. In diesem Gutachten wird Stellung dazu genommen, wie es mit der Kündigung zum Zwecke der Überprüfung nach Artikel 82 des Truppenstatuts — ich kann das jetzt nur stichwortartig sagen — ist. Damals hat der GBD gesagt, es gäbe natürlich auch verschiedene andere Möglichkeiten. Er hat gesagt, es könnte z. B. ein Vertrag über die Auflösung des Soltau-Lüneburg-Abkommens geschlossen werden. Ich meine, daß das das Ziel sein muß. Wenn die Bundesregierung es innerhalb eines überschaubaren Zeitraums von einem halben oder einem Jahr erreicht, mit diesem Ziel Vertragsverhandlungen mit Großbritannien und Kanada aufzunehmen,

(Kempmann [Grüne]: Abzuschließen, nicht aufzunehmen!)

dann sollte uns das allen gemeinsam recht sein. Wenn das nicht gelingt, dann müssen schärfere Mittel angewandt werden, d. h. dann muß die Bundesregierung zur Kündigung greifen. Ich gehe aber einmal davon aus, daß das unter Partnern auch anders sein kann.

Zu Nordhorn-Ränge: Ich will nicht das wiederholen, was ich zu Soltau-Lüneburg gesagt habe. Ich meine, Bombenabwurf im Kreis Grafschaft Bentheim im Emsland paßt sicherlich nicht mehr in diese Zeit

(Zustimmung von Kempmann [Grüne])

und sollte — lassen Sie mich den Satz zu Ende reden — vom Verfahren her so behandelt werden, wie ich es eben zu Soltau-Lüneburg ausgeführt habe.

(Rehkopf [FDP]: Es müßte nur schnell gehen!)

Was den Tiefflug angeht, können wir uns mit der FDP auch noch über die Formulierung unterhalten. In der Tat haben Sie nur auf Tiefflug unter 300 m abgestellt. Wir werden natürlich auch über Reduzierungen im übrigen Bereich zu reden haben,

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP])

und wir werden auch darüber zu reden haben, wie das mit der gerechteren Verteilung ist, wiewohl ich weiß, wie lange wir das schon tun. Wir wissen aber, daß es in anderen NATO-Staaten nicht diese Tieffluggebiete gibt, sondern daß dort für den weiterhin für erforderlich gehaltenen Tiefflug sozusagen das ganze Land zur Verfügung steht. Nur, wer sagt, Tiefflug muß völlig abgeschafft werden, der muß wie beim Manöverstopp

Isernhagen

die grundsätzliche Frage beantworten, oder er muß sagen: Bei uns nicht, aber bei den anderen!

(Zurufe von den Grünen: Gar nicht mehr!
— Wer sagt das denn?)

— Na gut, daß Ihnen von den Grünen die grundsätzliche Forderung nach Abschaffung von NATO und Bundeswehr nicht schwerfällt, wissen wir ja. Ich möchte mich aber hier gern mit den ernsthaften Kollegen unterhalten, die das im Interesse des Staatenbündnisses glücklicherweise noch etwas anders sehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Die FDP hat, wie ich finde, völlig zu Recht darauf hingewiesen — sie hat hierzu auch Forderungen angemeldet —, daß es im Hinblick auf die Struktur unseres Landes Folgen haben wird, wenn zum Beispiel Standorte aufgelöst werden. Machen wir uns nichts vor: Wir werden noch eine Diskussion mit völlig umgekehrten Vorzeichen im Land bekommen. Diejenigen, die jetzt nach Verringerung der Belastungen rufen, werden als Bürgermeister oder in welcher Funktion auch immer beim Verteidigungsminister auf der Matte stehen und sagen, wir hätten es gern behalten.

(Beifall bei der CDU. — Hirche [FDP]: So ist es! — Unruhe.)

Vizepräsident Remmers:

Einen Moment bitte, Herr Kollege Isernhagen. — Ich möchte auf der rechten Seite des Hauses um etwas mehr Ruhe bitten. Die Gespräche kann ich hier oben verstehen, meine Herren. Vielleicht hält Sie das davon ab, so laut zu sprechen.

Isernhagen (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. Dann brauche ich nicht lauter zu sprechen.

Das, was ich im Hinblick auf diese Diskussion mit umgekehrten Vorzeichen gesagt habe, bringt mich dazu, das zu unterstützen, was in dem Antrag anklingt, nämlich daß das Land Niedersachsen gewissermaßen parallel zum Truppenabbau Wirtschaftsstrukturmaßnahmen einleiten muß und insoweit auch eine eigene Aufgabe hat. Ich würde vorschlagen, daß wir in den Antrag eine Pflicht der Landesregierung aufnehmen, halbjährlich Bericht zu erstatten, damit wir auch an dieser Front weiterkommen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Das Soltau-Lüneburg-Abkommen muß weg. Für Nordhorn-

Range gilt das gleiche. Hinsichtlich des Tiefflugs müssen wir gemeinsam eine differenzierte Formulierung finden. Ich hoffe, es kommt zu dieser Gemeinsamkeit. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Remmers:

Schönen Dank, Herr Kollege Isernhagen. — Das Wort hat der Abgeordnete Bartling.

Bartling (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn Herr Hildebrandt und einige andere aus der Vergangenheit nichts mehr hören wollen, kann ich es Ihnen natürlich nicht ersparen, einige Ausführungen über das zu machen, was wir in der Vergangenheit diskutiert haben. Der Ministerpräsident hat vorhin in Richtung auf die CDU ein gewisses Maß an Sensibilität gefordert. Nachdem, was Herr Isernhagen gesagt hat, könnte man den Eindruck gewinnen, das mit der Sensibilität sei schon ausgebrochen. Ich habe aber den Eindruck, daß dabei doch eine ganze Menge an Opportunismus mitschwingt, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Sonst könnte man das nicht verstehen, was noch im Dezember gesagt worden ist, als wir über eine Große Anfrage der Grünen zu weiteren militärischen Belastungen in Niedersachsen beraten haben. Dabei wurden interessante Ausführungen gemacht. Ich empfehle Ihnen, das im Protokoll nachzulesen. Es ist dort alles verzeichnet.

(Stock [CDU]: Haben Sie nicht den Eindruck, daß sich in der Zwischenzeit in der allgemeinen politischen Lage einiges verändert hat?)

— Das verkenne ich nicht, Herr Stock. Aber das, was sich seit dem 14. Dezember verändert hat, war am 14. Dezember bereits absehbar.

(Stock [CDU]: Genau das nicht! — Fischer [CDU]: Die Wahlen waren am 18. März!)

Damals hätte man bereits eine ganze Menge Erkenntnisse gewinnen können, wenn man es gewollt hätte. Aber es war damals nicht gewollt. Anscheinend war es nicht opportun. Heute scheint es opportun zu sein.

Ich will nicht verkennen, meine Damen und Herren, daß sich die FDP in der vergangenen Legis-

laturperiode durchaus von dem abgehoben hat, was die CDU vertreten hat.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Ich erinnere mich an Aussagen von Herrn Rehkopf, mit denen er zum Ausdruck gebracht hat, daß er bestimmte Dinge der Koalitionsräsön opfern müsse.

Wir werden den Antrag der FDP-Fraktion in den Ausschüssen gründlich beraten. Wir wollen vor allem die in der vorliegenden Drucksache getroffenen Aussagen konkretisieren. Ich hoffe, daß wir dann auch zu einer einvernehmlichen Haltung des Landtags kommen.

Ich möchte einen Aspekt an dieser Stelle nicht vernachlässigen und nicht verschweigen, nämlich daß bei der absehbaren Abrüstung infolge der Verhandlungen in einigen Gebietskörperschaften in Niedersachsen ein durchaus geteiltes Echo auf das zu verzeichnen sein wird, was auf die Gemeinden zukommt. Wir werden in einigen Regionen schwerwiegende Probleme bekommen. Vor allem hierauf müssen wir unser Augenmerk lenken. Es kann meiner Ansicht nach nicht Sache der betroffenen Kommunen und Landkreise, aber auch nicht allein Sache des Landes Niedersachsen sein, die Folgen dieser insgesamt positiven Entwicklung zu beseitigen. Dies muß Aufgabe des Bundes sein.

(Zustimmung bei der SPD.)

Denn der Bund hat durch die Verteidigungspolitik der vergangenen Jahrzehnte die Ursachen für diese Fehlentwicklungen oder für Entwicklungen, die notwendig waren, gesetzt. Deshalb steht er hier auch in der Verantwortung. Darum wird es uns gehen, wenn wir diesen Antrag in den Ausschüssen aufarbeiten, um sehr konkret festzuhalten, was wir vom Bund fordern müssen.

In diesem Zusammenhang darf ich die Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion bitten, sich an einen Antrag, der im Bundestag von einer Gruppe von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten unter dem Titel „Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen von Abrüstung, Truppenreduzierung und Standortauflösungen in strukturschwachen Regionen“ im Mai vorgelegt worden ist und all diese Aspekte beinhaltet, zu erinnern, damit wir in die Lage versetzt werden, uns anhand der entsprechenden Materialien sehr differenziert und sehr genau darüber zu unterhalten, welche Ausgleichsmaßnahmen notwendig sind. Wir dürfen eben nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergessen, die in den betroffenen Regionen ohne realistische Arbeitsplatzalternative dastehen. Auch hier muß der Bund seinen

Verpflichtungen nachkommen und nicht nur regionalpolitische, sondern auch sozialverträgliche Ansätze entwickeln. Es kann nicht angehen, daß sich der Bund — das läßt sich jetzt ja wieder absehen — ähnlich konzeptionslos verhält wie gegenüber den Angehörigen z. B. des Bundesgrenzschutzes, die heute noch nicht wissen, was mit ihnen passieren wird. Ich schlage Ihnen vor, daß wir diesen Antrag im Innenausschuß sehr intensiv beraten. Ich hoffe, daß wir zu einer gemeinsamen Stellungnahme kommen werden. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Remmers:

Danke schön, Herr Bartling. — Das Wort hat nun der Kollege Möhrmann.

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorhin ist hier angemerkt worden, daß man neue Maßstäbe setzen müsse. Ich habe mir die Debattebeiträge der Mitglieder der ehemaligen Regierungskoalition angehört und bin der Meinung, daß in der Tat neue Maßstäbe gesetzt worden sind. Da ich heute morgen die Presse aufmerksam gelesen haben, Herr Kollege Isernhagen, habe ich einen Salto mortale vorwärts von Herrn Gansäuer finden können, der allerdings mit einem Bauchklatscher geendet hat. Ich möchte ihn nur einmal daran erinnern, daß Sie, als die Verhandlungen über das Soltau-Lüneburg-Abkommen zwischen Herrn King und Herrn Stoltenberg beendet waren, durch die Bank weg gesagt haben, das wäre der entscheidende Durchbruch, mit dem man leben könne.

(Lindhorst [CDU]: Ja, damals!)

— Das ist noch keine vier Monate her. — Gestern hat der Herr Kollege Gansäuer aber erklärt, daß das Verhandlungsergebnis völlig unzureichend sei. Ich glaube, daß hier neue Maßstäbe gesetzt werden müssen. Dies wollen wir auch gerne tun.

An dieser Stelle darf ich auch noch folgendes sagen: Es ist durchaus ernsthaft, wenn die Kollegin Hoops hier darauf hingewiesen hat, daß viele der Vorschläge, die von der Fraktion der Grünen hier im Landtag in der Vergangenheit gemacht worden sind, nun erst mehrheitsfähig würden.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion hat in ihrem Antrag einige Beispiele aufgeführt, bei denen man ansetzen muß, um zu einer militärischen Entlastung in Niedersachsen zu kommen. Ich glaube, es wird deutlich, daß sie so etwas wie

Möhrmann

eine Erblast mit sich herumträgt; denn im dritten Absatz formuliert sie wie folgt:

„Die Politik der Landesregierung ist künftig konsequent danach auszurichten, daß militärische Belastungen von Mensch und Natur drastisch reduziert werden.“

Dieses „künftig danach ausrichten“ zeigt doch ganz deutlich, daß es in der Vergangenheit anders gewesen sein muß.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich halte dies für einen ganz entscheidenden Punkt, zeigt er doch, daß es dort tatsächlich neue Maßstäbe und ernsthafte Veränderungen geben wird.

Meine Damen und Herren, man sollte nicht vergessen, daß es für diese Veränderung der Standpunkte auch Ursachen gibt. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Frau Hoffmann sagte einmal über meinen Landkreis: „Da schießen ja die Bürgerinitiativen wie Pilze aus dem Boden.“

Meine Damen und Herren, dann auch noch das Wahlergebnis vom 13. Mai. Ich meine, das Wahlergebnis hat bei unserer CDU und vielleicht auch auf Landesebene zum Nachdenken geführt. Noch im März hat Bundesverteidigungsminister Stoltenberg durch seinen Parlamentarischen Staatssekretär Wimmer erklären lassen, daß man nicht an eine Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens denke, sondern im Gegenteil davon ausgehe, daß dieser Raum langfristig weitergenutzt werde.

Ich möchte mein Schwergewicht heute auch deshalb auf dieses Thema richten, weil ich der Meinung bin, daß man hier unabhängig von den Ergebnissen in Wien kurzfristig zu einer Veränderung kommen muß, weil es in Westeuropa wirklich einmalig ist, daß in einem bewohnten Gebiet von 40 km Länge und acht bis 15 km Breite weiterhin so geübt wird, als wenn morgen der dritte Weltkrieg ausbrechen würde.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gilt hier auch festzuhalten, daß sich Herr Stoltenberg noch vor einigen Wochen in Munster strikt geweigert hat, erneut in Verhandlungen mit dem britischen Verteidigungsminister einzutreten, so daß wir nun wirklich vor der Situation stehen, daß unsere neue Landesregierung die Bundesratsinitiative sehr schnell starten muß, damit wir in diesen Veränderungsprozeß noch rechtzeitig eingreifen können.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun noch auf einige Punkte eingehen, die hier angesprochen worden sind und die meiner Meinung nach bislang zu kurz gekommen sind. Nach unserer Auffassung muß in diesen Antrag auch hineingeschrieben werden, daß der weitere Ausbau der militärischen Infrastruktur nicht mehr hingenommen werden kann und daß ein solcher weiterer Ausbau auch nicht mehr geboten erscheint. Ich verweise darauf, daß andere Bundesländer, was den Konversionsprozeß angeht, sehr viel weiter als Niedersachsen sind. Das hängt natürlich auch mit der Verantwortung der alten Landesregierung zusammen.

Was die Haltung der FDP angeht, so kann ich Ihnen die Bemerkung nicht ersparen, daß es natürlich richtig ist, daß Sie sehr viel moderater mit dieser Thematik umgegangen sind und daß Sie sich praktisch immer alle Türen offengehalten haben. Ich erinnere aber daran, daß Herr Möllemann schon 1985, seinerzeit noch Staatsminister im Außenministerium, erklärt hat, er denke an eine Überprüfung des Soltau-Lüneburg-Abkommens. Bis heute ist leider von seiten der Bundesregierung dazu nichts passiert.

Es gibt auch noch ein neues Problem, meine Damen und Herren. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß es durch die intensive Beanspruchung der Landschaft eine erhebliche Staubbelastung gibt, die dazu führen kann, daß Orte, die praktisch vom Fremdenverkehr leben, unter Umständen ihren Status als Luftkurort verlieren. Auch deshalb muß hier dringend gehandelt werden, zumal dann, wenn man darüber hinaus weiß, daß in Bodenuntersuchungen erhebliche Anteile von Schwermetallen nachgewiesen worden sind. Ich meine, das alles ist alarmierend genug, um endlich etwas zu tun.

Ich will an dieser Stelle auch ganz deutlich folgendes sagen: Auch wenn es, wie gestern in Lüneburg, geschieht, daß die Bezirksregierung erneut sagt, auch am Rande von Hauptverkehrsstraßen gebe es Belästigungen durch Dieselabgase, so kann das wirklich kein Grund sein, die Dieselabgase, die durch Panzer verursacht werden, hinzunehmen.

Da die rote Lampe aufleuchtet, will ich mit zwei Sätzen abschließen. Ich finde es erfreulich, daß es uns gelungen ist, daß sich inzwischen auch das Britische Unterhaus mit dem Problem beschäftigt. Sicherlich hätte es auch ein erhebliches Gewicht, wenn sich dieser Landtag zu einer gemeinsamen Entschließung durchringen könnte, damit die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik endlich zu einer Entlastung

für die Menschen in diesem Raum führen. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Remmers:

Danke schön, Herr Möhrmann. — Das Wort hat nun der Herr Innenminister.

Glogowski, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP wird von der Niedersächsischen Landesregierung begrüßt. Er enthält eine Reihe von Forderungen, die von den Parteien der Regierungskoalition nicht erst in jüngster Vergangenheit, sondern schon seit geraumer Zeit immer wieder vertreten worden sind. Die Niedersächsische Landesregierung wird sich selbstverständlich dieser Themen und Probleme jetzt und in Zukunft verstärkt annehmen, und ich denke, daß das, was Herr Möhrmann hier gesagt hat, daß hier nämlich schnell Einfluß genommen werden muß, richtig ist. Die Landesregierung wird alle Schritte unternehmen, um zusammen mit dem Bund und den alliierten Verbündeten Lösungen zu finden, die den Menschen, aber auch der Natur in den betroffenen Regionen unseres Landes Entlastung bringen werden.

Niedersachsen gehört zu den militärisch am stärksten belasteten Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Das Land hat überproportional viele Soldaten und auch militärische Einrichtungen aufnehmen müssen. Tiefflüge und Manöver, aber auch alltäglicher Übungsbetrieb auf Truppenübungsplätzen und in militärischen Übungsregionen haben Niedersachsen extrem hoch belastet und tun dies bis in die Gegenwart hinein. Dies zu ändern wird und muß für die Niedersächsische Landesregierung eine wichtige Aufgabe sein, die mit Vorrang erfüllt werden soll und die in der nächsten Zeit geleistet werden muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abrüstungsbestrebungen der Staaten des Atlantischen Bündnisses und des Warschauer Pakts sowie die eingetretene Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten lassen hoffen, daß hier Änderungen in relativ kurzen Zeiträumen möglich sein werden. Die Landesregierung will jedenfalls den Abbau militärischer Präsenz und damit der Ursachen für die Belastung von Menschen und Natur aktiv mitgestalten und dabei zu raschen Lösungen kommen. Der Ministerpräsident hat dies in der Regierungserklärung deutlich ge-

macht. Dies gilt sowohl hinsichtlich des Manöver- und Übungsbedarfs der Bundeswehr und der alliierten Streitkräfte als auch für den militärischen Tiefflug sowie für die Belastungen, die sich für die Bevölkerung und die Umwelt aus geltend gemachtem Landbedarf für die militärischen Infrastruktureinrichtungen ergeben.

Lassen Sie mich, dies vorausgeschickt, zu den einzelnen Forderungen im Entschließungsantrag der Fraktion der FDP für die Landesregierung kurz folgendes darstellen:

Zu Ziffer 1: Niedersachsen ist das vom militärischen Tiefflug am stärksten betroffene Bundesland. Mehr als zwei der sieben Tieffluggebiete mit 250 Fuß, also 75 m, liegen in Niedersachsen. Der Niedersächsische Landtag hat sich seit Jahren in zahlreichen Aktuellen Stunden, Entschließungsanträgen und Anfragen mit dieser Problematik befaßt. Durch entsprechende Initiativen ist es in den letzten Jahren gelungen, eine Vielzahl von einschränkenden Bestimmungen für Tiefflüge mit Strahlflugzeugen zu erreichen. Damit sind Verringerungen eingetreten, die allerdings überhaupt nicht ausreichen und von der Bevölkerung eigentlich auch nicht wahrgenommen werden.

Nunmehr erscheint infolge einer wesentlichen Veränderung der Vorwarnzeiten für einen militärischen Spannungsfall eine grundlegende Änderung des militärischen Tiefflugkonzeptes möglich. Der Verteidigungsausschuß des Bundestages hat deshalb den Bundesverteidigungsminister aufgefordert, die Mindestflughöhe von 75 m aufzuheben und deutlich anzuheben. Die Realisierung dieser Forderung, die auch von der Landesregierung nachhaltig unterstützt wird, reicht jedoch nicht aus. Vielmehr sollen die Einstellung aller Tiefflüge und das Verbot von Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet angestrebt werden.

Zu den Ziffern 2 und 3: Eine Überprüfung und Modifizierung bestehender Verträge, wie z. B. des NATO-Truppenstatuts und seiner Zusatzvereinbarungen — hierzu gehört auch das Soltau-Lüneburg-Abkommen —, liegt in der Kompetenz der Bundesregierung. Diese sah bisher keinen Handlungsbedarf für eine Überprüfung der völkerrechtlichen Verträge. Die SPD-Fraktion im Bundestag hat deshalb am 14. November 1989 einen Antrag zur Überprüfung und Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens gestellt, der zur Zeit noch im Verteidigungsausschuß des Bundestags beraten wird. Unabhängig vom Ausgang dieser Beratungen wird die Landesregierung die Haltung der Bundesregierung zu diesem Abkommen nicht länger hinnehmen.

(Zustimmung von Möhrmann [SPD].)

Glogowski

Sie ist der Auffassung, daß es in Zukunft Sonderrechte für Alliierte auf deutschem Boden nicht mehr geben darf.

(Beifall bei der SPD.)

Die Koalitionsfraktionen und die von ihr getragene Landesregierung werden sich daher für die Kündigung des Soltau-Lüneburg-Abkommens und für die Auflösung des Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Ränge einsetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Auf den Abschluß des deutschen Wiedervereinigungsprozesses und gegebenenfalls positiven Ausgang der Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Europa, die zu einer Änderung bzw. Modifizierung völkerrechtlicher Verträge führen könnten, werden wir nicht warten, sondern wir wollen jetzt in dieser Angelegenheit handeln.

(Beifall bei der SPD.)

Um weitere Grundlagen für Entscheidungen zur Entlastung der Region zu erhalten, soll u. a. ein Gutachten des Niedersächsischen Institutes für Radiologie an der Universität Hannover über die Belastung der Lüneburger Heide durch manöverbedingten Staubeintrag eingeholt werden. Der Abgeordnete Möhrmann hat darauf bereits hingewiesen. Die vorbereitenden Arbeiten für ein flächendeckendes Lärmkataster sind weitestgehend abgeschlossen.

Die Landesregierung wird konsequent anstreben, daß in absehbarer Zeit zusätzliche Verbesserungen der Situation der Bevölkerung in den betreffenden Gebieten erreicht und Nachteile vermieden werden.

Zu Ziffer 4: Bundeswehr und alliierte Streitkräfte dürfen ihre Übungstätigkeit nur nach den einschlägigen Regelungen des Bundesleistungsgesetzes und des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut ausüben. Die im Raum Soltau/Lüneburg militärisch genutzten Naturschutzgebiete des Vereins Naturpark Heide, nämlich die in den roten Flächen liegenden Naturschutzflächen, sind Bestandteil des Soltau-Lüneburg-Abkommens. Da es nach dem NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland ist, die Liegenschaften zu beschaffen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Stationierungsstreitkräfte erforderlich sind, wurden für die Nutzung der Flächen mit dem Inkrafttreten des Abkommens mit der Bundesregierung Pachtverträge abgeschlossen. Vertragspartner sind die Bundesregierung und die Regierung des jeweiligen Entsenderstaates, wobei die Beteiligung der

Bundesländer weder im NATO-Truppenstatut noch in dem Zusatzabkommen vorgesehen ist. Die Niedersächsische Landesregierung ist nicht länger bereit, diesen Rechtszustand hinzunehmen.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Sie will ihn mit der von ihr angestrebten Revision des Soltau-Lüneburg-Abkommens ändern.

Zu den Ziffern 5 bis 9: Der Bundesverteidigungsminister hat dem Innenministerium frühzeitig auf dessen Initiative hin zugesagt, die Landesregierung über geplante Strukturveränderungen der Streitkräfte zu informieren. Unter Federführung des Innenministeriums hat sich im April 1990 — vielleicht zu spät, aber immerhin — die interministerielle Arbeitsgruppe „Auswirkungen von Strukturveränderungen der Streitkräfte“ konstituiert

(Zuruf von Jahn [CDU])

— warum das zu spät ist, kann ich sagen; in den anderen Ländern ist das nämlich früher geschehen; das ist zwar kein wesentlicher Vorwurf, aber es ist der Fall —, die sich so früh wie möglich einen Überblick über die vorhersehbare Entwicklung der Abrüstungsbemühungen und damit verbundene Veränderungen für den zivilen Bereich verschaffen will, um gegebenenfalls im Vorfeld Konsequenzen ziehen zu können. In der Arbeitsgruppe sind die Staatskanzlei und nahezu alle niedersächsischen Ressorts, die Bezirksregierungen sowie die Wehrbereichsverwaltung II vertreten. Zur Zeit ist die Arbeitsgruppe mit der umfassenden Bestandsaufnahme aller erforderlichen Daten von infrastruktureller Bedeutung befaßt.

Daneben wird in der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder unter anderem auch die Erstellung eines umfassenden Sofortprogramms „Abrüstungsfolgen“ erwogen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse werden in die interministerielle Arbeitsgruppe eingebracht werden. Darüber hinaus werden unter den Kriterien Finanzen sowie Verwendung bisheriger militärisch genutzter Flächen für zivile Zwecke Beiträge erarbeitet, die sich einerseits speziell auf steuerliche Fördermöglichkeiten und Erleichterungen auf allen Ebenen zur wirtschaftlichen und sozialen Flankierung der zu erwartenden Abrüstungsfolgen beziehen, andererseits in die Zielrichtung Aufforstung sowie Umwandlung für den Naturschutz, für die Industrieansiedlung und Ausweisung von Baugebieten gehen.

Es ist beabsichtigt, möglichst im September 1990 eine Kabinettsvorlage zu diesem Themenkomplex zu erstellen, die die Aktivitäten des Landes

gegenüber dem Bund in finanzieller Hinsicht sowie einen standortbezogenen Kriterienkatalog zur Vorlage beim Bundesminister der Verteidigung zum Inhalt haben wird. Die Landesregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die Leistung von Ausgleichszahlungen an die vom Abbau militärischer Präsenz besonders betroffenen Regionen richten. Unsere Aufmerksamkeit muß auch den vielfältigen sozialen Aspekten gelten.

In dem bisherigen Anhörungsverfahren bei der Landbeschaffung für militärische Zwecke werden die zivilen Belange, die einer Verwirklichung des Vorhabens entgegenstehen, ermittelt und dem Bundesminister der Verteidigung vorgetragen. Der Bundesminister der Verteidigung hat dann in einer gerichtlich nachprüfaren Entscheidung die militärischen gegen die zivilen Interessen abzuwägen und sich dann endgültig für oder gegen die Baumaßnahme zu entscheiden. Ungeachtet der bestehenden Regelungen gilt es, die von Landbeschaffungsmaßnahmen betroffenen Bürger und auch die Gebietskörperschaften stärker an den Verfahren zu beteiligen. Eine entsprechende Änderung des Landbeschaffungsgesetzes ist nach Auffassung der Niedersächsischen Landesregierung unumgänglich.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir werden die dafür erforderlichen Schritte einleiten.

Die Landesregierung befindet sich in vielen Punkten, die Gegenstand dieses Entschließungsantrages sind, in Übereinstimmung mit der Fraktion der FDP hier im Landtag und, wie ich aus den Beiträgen, die ich dazu von den anderen Fraktionen vernommen habe, festgestellt habe, wohl auch in einem breiten Konsens mit allen Fraktionen im Landtag. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, eine vom breiten Konsens getragene Entschließung hier im Niedersächsischen Landtag zu verabschieden. Danach müßte es möglich sein, für die in Aussicht genommenen politischen

Aktivitäten der Landesregierung zum Abbau der militärischen Belastung unseres Landes und seiner Bevölkerung die Mehrheiten zu haben, die uns in den Stand versetzen, uns in Bonn und gegenüber den Alliierten auch durchsetzen zu können. In den kommenden Jahren müssen wir zu Ergebnissen kommen, wenn die Akzeptanz für die noch erforderlichen Maßnahmen militärischer Landesverteidigung bei den Menschen in unserem Lande nicht völlig verlorengehen soll. Das heißt, wir müssen das, was an Landesverteidigung erforderlich ist, in Einklang bringen mit dem, was die Bevölkerung unseres Landes zu ertragen bereit ist. Von daher hoffe ich, daß dieser Antrag in den Ausschüssen in dieser Zielrichtung beraten wird.

(Beifall bei der SPD, bei der FDP und bei den Grünen.)

Vizepräsident Remmers:

Schönen Dank, Herr Innenminister. — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Ausschußüberweisung.

Der Ältestenrat hat vorgeschlagen, die Vorlage dem Ausschuß für innere Verwaltung zur federführenden Beratung und dem Ausschuß für Umweltfragen zur Mitberatung zu überweisen. Mir ist mitgeteilt worden, daß die Fraktionen übereingekommen sind, auch den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr mitberatend zu beteiligen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Das ist mit der notwendigen Stimmenzahl unterstützt.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Die Sitzung wird morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt mit der Aussprache über die Regierungserklärung. Schönen Dank. Einen guten Heimweg.

Schluß der Sitzung: 13.10 Uhr.

LLP/12/2

5.88